

JAHRE
75



Im Dienst der Demokratie.

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen: Eine Chronik

Inhalt

Im Dienst der Demokratie

4	Grußwort
6	Nach dem Krieg
7	Gründungsphase (1946-1947)
10	Grundlagenarbeit im Schattendasein der ersten Jahre (1948-1958)
12	Die Episode Matull (1957/58)
14	Aufschwung in der Ära Nachtwey (1958-1975)
14	Der Ausbau des Publikationsreferats
18	Förderung von Landeskunde, Landesbewusstsein und Landesidentität
20	Der Ausbau des Medienreferats unter Eduard Bungter
26	Veranstaltungen und Fortbildungsarbeit
27	Förderung freier Träger
28	Exkurs: Legitimationsproblematik staatlicher politischer Bildung
29	Die politische Bildung im Kreuzfeuer der gesellschaftlichen Krisen Ende der 1960er Jahre
32	Wandel und bildungspolitischer Elan Mitte der 1970er Jahre
33	Das „Erste Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen“ (1974)
35	Der Beutelsbacher Konsens (1976)
37	Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen ab den 1980er Jahren
43	Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung 1990
52	Das Interregnum Schulten (2000-2004)
54	Die erste Leiterin und die neuen Herausforderungen der letzten Jahre
56	Digitalisierung – Herausforderung und Chance
60	Feierstunde zu 70 Jahren politischer Bildung im Land Nordrhein-Westfalen
62	Rechtsextremismus, Terror und Populismus
71	75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW
77	Nachwort



Grußwort des Ministerpräsidenten a. D. des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, für die Jubiläumschronik zum 75-jährigen Bestehen der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es nicht allein darum, unser Land wiederaufzubauen, sondern ebenso um den Aufbau eines demokratischen Staatswesens. Anders als die Weimarer Republik sollte die zweite deutsche Demokratie fest in der Bevölkerung verankert sein. Und das musste gelingen, schließlich hatte die nationalsozialistische Diktatur tiefe Spuren auch im politischen Bewusstsein und im Denken der Deutschen hinterlassen. Die Jüngsten unter ihnen hatten keinerlei Erfahrungen mit Demokratie sammeln können, manche Älteren hatten die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie, abgelehnt und ihr Scheitern für folgerichtig gehalten. All das war den alliierten Besatzungsmächten bewusst, und so riefen sie im soeben erst gegründeten Land Nordrhein-Westfalen die damalige „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“ in Düsseldorf ins Leben. Ihr Auftrag lautete, den Deutschen die Demokratie nahezubringen.

Was heute unspektakulär klingt, war damals eine Aufgabe von über-
ragender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Dass sich Nord-
rhein-Westfalen mit seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung
als überaus stabil erweisen sollte, ist auch ein Verdienst der politischen
Bildung.

1967 wurde aus der „Staatsbürgerlichen Bildungsstelle“ die „Landeszen-
trale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen“. Die Grundidee, „Selling
Democracy“, wie die Briten es seinerzeit formuliert hatten, blieb aber
auch in den folgenden Jahrzehnten ihr Auftrag, wenngleich sich die
Themen und Herausforderungen für die politische Bildung im Laufe der
Jahre veränderten. Die Landeszentrale blieb dabei stets auf der Höhe
der Zeit, indem sie ihr breit gefächertes Angebot an neue gesellschaft-
liche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen anpasste,
sie nicht nur begleitete, sondern aktiv mitgestaltete. Bei allem Wandel
geriet die Aufklärung über unsere Geschichte und ihre Lehren für Gegen-
wart und Zukunft niemals aus dem Blick. Neben der Förderung des
Landesbewusstseins ist der Einsatz der Landeszentrale gegen Antisemi-
tismus und Fremdenfeindlichkeit zwar nur ein, aber doch ein besonders
herausragendes Beispiel. So fördert sie neben 40 Einrichtungen der
politischen Bildung auch 29 Gedenkstätten zur nationalsozialistischen
Vergangenheit und die kommunalen Handlungskonzepte gegen Rechts-
extremismus und Rassismus von insgesamt 24 Städten in unserem
Land – auch das ein wertvoller Beitrag für eine lebendige demokratische
Kultur in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland.

Der Landeszentrale war es stets wichtig, bei ihren Publikationen, Veran-
staltungen und digitalen Angeboten ausgewogen und überparteilich zu
sein. Auch das ist ihr gelungen. Im 75. Jahr ihres Bestehens kann sie mit
Stolz sagen, unserer Demokratie einen großen Dienst erwiesen zu haben.
Mit einem herzlichen Dank an alle, die dazu beigetragen haben und jene,
die auch in Zukunft dazu beitragen werden, gratuliere ich herzlich zu
diesem schönen und wichtigen Jubiläum.



Armin Laschet, Düsseldorf, den 30.08.2021

Nach dem Krieg

„Wir wollen unsere Mitbürger für die Demokratie gewinnen, von der Notwendigkeit der Demokratie überzeugen und für die Demokratie begeistern, auch unsere Biedermänner, die da meinen, es würde heute schon wieder zu viel über Demokratie geredet. Über Undemokratie braucht nicht geredet zu werden. Was Undemokratie ist und zuwege bringt, das haben wir alle während der Schreckensjahre in erschütterndster Weise am eigenen Leibe erfahren.“

Rudolf Amelunxen, erster Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, im Gründungsauftritt der späteren Landeszentrale für politische Bildung im Oktober 1946



Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht markiert der 8. Mai 1945 nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, sondern auch den formalen Bruch mit zwölf Jahren nationalsozialistischem Totalitarismus. Weil die Ideen für ein neues Deutschland unterschiedlich sind und diese Frage in den kommenden Jahren zur Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland führen wird, verständigen sich die Westmächte trotz französischer Skepsis zunächst auf die Gründung mehrerer Bundesländer nach dem föderalistischen Prinzip – darunter auch eine Neugeburt im Westen: Nordrhein-Westfalen. In der sogenannten Operation Marriage werden der Nordteil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz und die Provinz Westfalen zusammengefasst, wie es auch bereits einige Reichsreform-Pläne der 1920er Jahre in Deutschland vorgesehen hatten. Am 23. August 1946 tritt die Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung in Kraft, wodurch das Land formal gegründet wird.

Schnell stellt man fest, dass die nationalsozialistische Ideologie und der Kriegswille auf Zustimmung weiterer Bevölkerungskreise gestoßen waren. Während der Zeit der Weimarer Republik war es offenbar nicht gelungen, die Demokratie in Deutschland fest zu verankern. Vor diesem Hintergrund markiert der 8. Mai 1945 nicht nur den Startschuss für einen staatlichen, sondern auch einen geistigen Neuanfang.



Eröffnung des ernannten Landtages am 2. Oktober 1946

„Die Demokratie ist in Deutschland, anders als im westlichen Ausland, nicht traditionell legitimiert, sondern aus vielfältigen Traditionsbrüchen entstanden und deshalb historisch vorbelastet.“

Ernst Fraenkel

Gründungsphase (1946-1947)

In einem der letzten gemeinsamen Dokumente, der Kontrollratsdirektive Nr. 54, legen die USA, England, Frankreich und die Sowjetunion Grundprinzipien für die Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland fest. Demnach erkennen die Besatzer, dass eine formal-administrative Entnazifizierung nicht reichen würde. Es muss auch eine ideelle Entnazifizierung geben, deren Idee häufig unter dem Begriff „Re-Education“ postuliert wird. Im Zentrum dieser Re-Education steht die Umformung hin zu einer demokratischen Gesellschaft.

Im neuen Land Nordrhein-Westfalen übernehmen diese Aufgabe zunächst sogenannte Erziehungsoffiziere, die aus der britischen Heimat entsandt wurden, um die Menschen durch persönliche Kontakte zu erreichen. Den Ideen und Plänen fehlt es jedoch an systematischer Umsetzung. Schnell wird den Briten klar, dass sie diese Aufgabe nicht ohne die Deutschen selbst stemmen können. Auf der Suche nach unbelasteten Deutschen stoßen die Chefs der Militärregierung und Civil Commissioner Sir Henry Berry auf einen Mann, der schon zu Kaiserzeiten Demokrat war: Rudolf Amelunxen.

Schrittweise zu mehr Aufklärung und Demokratie

Nachdem dieser beim Staatsstreich in Preußen 1932 aus seinem Amt als Regierungspräsident in Münster verdrängt worden war und daraufhin während der nationalsozialistischen Herrschaft als Hilfsschlosser arbeitete, ernennen ihn die Briten im Juli 1945 zum Oberpräsidenten von Westfalen.

Amelunxen bejaht nicht nur die Ziele der britischen Re-Education, er unterstreicht diese dezidiert. Mit Sorge beobachtet er, wie „getarnte Nazis und verkappte Militaristen das Volk verhetzen, das mangels politischer Reife die Zusammenhänge und Hintergründe der augenblicklichen Not nicht erkennt und die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen den Besatzungs-

mächten und der deutschen Verwaltung zuschiebt“. Der Anschluss an die westlichen Demokratien könne nur gelingen, wenn den Deutschen auch die demokratische Grundhaltung nahegebracht werde. Um dies zu erreichen, plädiert Amelunxen für eine öffentlich geförderte „staatsbürgerliche Aufklärung“:

„Staatspolitische Aufklärung: Mit diesem Wort wird ein Aufgabengebiet umrissen, das zu den wichtigsten einer modernen Staats- und Menschenführung gehört. Es ist deshalb so bedeutsam, weil hier der Versuch unternommen werden soll, den deutschen Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Die Schwierigkeiten dieser Aufgabe erhellt aus dem Umstand, daß das deutsche Volk zwölf Jahre willenslos der verlogenen Propaganda der NSDAP ausgesetzt und erlegen war.“

Als Ziele dieser staatsbürgerlichen Aufklärung werden neben der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit die Förderung von demokratischem Gedankengut und „mitbürgerlicher Erziehung“ nach amerikanischem Vorbild erklärt. Überzeugt von der Notwendigkeit der staatlichen Institutionalisierung stellt Amelunxen unmittelbar nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten einen Antrag beim Zonenbeirat auf die Einrichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen in jeder Provinz und jedem Bundesland.

Im Gegensatz zu den eher diffusen Ansätzen der britischen Re-Education hat Amelunxen sehr genaue Vorstellungen von der Umsetzung. Durch Presseartikel, Broschüren, Schriften und Rundfunksendungen – einmal für ein akademisches und einmal für ein breites Publikum – soll der demokratische Gedanke

Im Dienst der Demokratie

Gründungsphase

in der deutschen Bevölkerung verbreitet werden: Selling Democracy! Das entspricht dem Ansatz, den schon der Gründungsauftrag der britischen Militärs verfolgte:

„Daraus folgt, daß man echte Demokratie nicht wie eine Medizin verschreiben kann, die in wenigen Monaten eingenommen wird, um das sogleich zu beseitigen, was zwölf Jahre faschistischer Diktatur an inneren und äußeren Schäden angerichtet haben. Was stark wurzeln und kraftvoll wachsen soll, bedarf langer Pflege und sorglicher Arbeit. Politische Freiheit muß verdient, sie kann nicht verliehen werden.“

Robert Lehr, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, am 2. März 1946 in der Rheinischen Post

Den Zonenbeirat können Amelunxens Ideen einer staatlichen politischen Bildung überzeugen, woraufhin sein Antrag in der Sitzung vom 14. August 1946 einstimmig angenommen wird. Woran es allerdings zu diesem Zeitpunkt fehlt, ist die Umsetzungsfähigkeit auf Zonenebene. Amelunxen will nicht tatenlos zusehen und errichtet kurzerhand in seiner westfälischen Provinz die erste Institution in der neuen Demokratie, die von staatlicher Seite politische Bildung betreibt: die Bildungsstelle der Provinz Westfalen. Als die Briten den seinerzeit parteilosen Amelunxen am 24. Juli 1946 zum ersten Ministerpräsidenten des neu zu gründenden Landes Nordrhein-Westfalen bestimmen, findet gerade eine Tagung zu Grundfragen der Demokratie in Münster statt – der eigentliche Auftakt der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, die Amelunxen später in die Landeskanzlei seines neuen Regierungssitzes in der Landeshauptstadt Düsseldorf mitnimmt. In seiner Regierungserklärung am 2. Oktober 1946 vor dem neu konstituierten Landtag im Düsseldorfer Opernhaus definiert er den Gründungsauftrag der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle:

„Demokratie, so glauben wir, bietet, weil wie sie mit den natürlichen Rechten der Menschen nicht in Widerspruch steht, die optimale Gewähr, daß das, was war, sich nie wiederholt. [...] Es ist notwendig, die nazistische und militärische Ideologie, die das Unterbewußtsein vieler Zeitgenossen noch belastet, auszumerzen. Daher werden wir in der Landesregierung eine staatsbürgerliche Bildungsstelle einrichten, die im westfälischen Raum sich gut bewährt und die Aufgaben der staatsbürgerlichen Aufklärung übernommen hat, selbstverständlich frei von jeder Parteipolitik (...). Für diese staatsbürgerliche Bildungsstelle haben wir einen Beirat vorgesehen, in den Vertreter aller politischen Parteien als Mitglied berufen werden sollen.“

Ein Vorbild für die Staatsbürgerliche Bildungsstelle war die ehemalige „Zentrale für Heimatdienst“, die 1918 vom kaiserlichen Generalstabschef Ludendorff zum Zwecke der Aufrechterhaltung der deutschen Kriegsmoral eingerichtet wurde. 1919 übernahmen die Weimarer Demokraten die Zentrale und führten sie als „Reichszentrale für Heimatdienst“ fort, die zwar demokratische Ideen verbreiten sollte, de facto jedoch eher das Regierungshandeln legitimierte. Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 wurde die Zentrale dann aufgelöst.

Zunächst wird die Staatsbürgerliche Bildungsstelle innerhalb der Landespressestelle eingerichtet. Landespressechef ist zu diesem Zeitpunkt Verkehrsminister Fritz Stricker. Um ihn in seiner Doppelfunktion zu entlasten und aus Sorge, er würde nicht genügend Zeit für die Bildungsstelle haben, gliedert Amelunxen diese aus der Landespressestelle aus und überträgt seinem persönlichen Referenten Josef Hundt die Erledigung aller anfallenden Aufgaben der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, die fortan als eigenes Referat geführt wird. Die Übertragung der Zuständigkeiten quer durch die Behörden führt zu Missmut, insbesondere bei den CDU-Abgeordneten Karl Arnold und Maximilian von Gumpfenberg. Schriftlich protestieren sie bei Konrad Adenauer gegen die Ausgliederung der Bildungsstelle – zunächst jedoch ohne Erfolg. Als Karl Arnold ab Dezember 1946 im zweiten Kabinett Amelunxen als stellvertretender Ministerpräsident mehr Einfluss gewinnt, wird die Staatsbürgerliche Bildungsstelle dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt, weiterhin unter der ehrenamtlichen Leitung von Josef Hundt.

Gründung und erste Wahlen im neuen Land NRW

Nachdem sich der ehemalige Freistaat Lippe im Januar dem Land Nordrhein-Westfalen angeschlossen hat, finden im April 1947 die ersten Landtagswahlen statt. Stärkste Fraktion wird die CDU, Karl Arnold (CDU) ist neuer Ministerpräsident. Mit dem Einzug in die Staatskanzlei übernimmt Arnold auch die Staatsbürgerliche Bildungsstelle. Josef Hundt wechselt mit Amelunxen ins Sozialministerium. Mit der Wahl 1947 ist die unmittelbare Gründungsphase des neuen Landes formal abgeschlossen, nicht jedoch die schwierige Nachkriegsrealität. Das Land hat die schweren ökonomischen, sozialen und mentalen Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft und des Krieges zu bewältigen. In seiner Regierungserklärung wendet sich Arnold vor allem den Problemen zu, mit denen sich rund zwölf Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen akut konfrontiert sehen: Hunger, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Kriegsschäden sind die vordringlichen Themen der Stunde. Das Befassen mit politischer Bildung gilt damals als

Luxus, den sich kaum jemand leisten kann. Dementsprechend hat die Staatsbürgerliche Bildungsstelle anfangs einen schwierigen Stand. Neben mangelndem Interesse stößt sie in der Bevölkerung auch auf grundsätzliches Misstrauen. Hier fühlt man sich von der NS-Propaganda betrogen und steht staatlicher Wertevermittlung nun grundsätzlich kritisch gegenüber, obgleich sie ganz andere Inhalte vertritt. Auch die Abgeordneten haben Vorbehalte gegen die Staatsbürgerliche Bildungsstelle, sie fürchten deren Missbrauch für partei- oder regierungspolitische Werbung. Selbst die im Gründungsjahr angefangene Schriftenreihe „Bausteine zum neuen Reich“ kann mit ihrem ersten und vorerst einzigen Band nicht der Kritik im Parlament entgehen. Nichtsdestotrotz erscheinen in der Amtszeit Amelunxens und auch Arnolds fast ein Dutzend Bücher und Broschüren („graue Publikationen“), die thematisch an die Erfahrungen der Nachkriegsnot der Bevölkerung anknüpfen, mit dem Nationalsozialismus abrechnen oder den Gedanken der Demokratie popularisieren.

Um dem Vorwurf der Regierungspropaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte sich schon Amelunxen an die Fraktionen gewandt und um die Einrichtung eines kontrollierenden Beirats gebeten. Bis dieser eingerichtet wird, sollen jedoch noch über zehn Jahre vergehen.

Grundlagenarbeit im Schattendasein der ersten Jahre (1948-1958)

Allgemein wird es in den kommenden Jahren trotz der Bemühungen Karl Arnolds zunächst still um die Staatsbürgerliche Bildungsstelle. Arnolds Vorstellung einer Dachinstitution der politischen Bildung ist damals noch nicht umsetzbar – zu spärlich ist die Landschaft der freien Träger.

In einer Darstellung aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten heißt es Anfang 1949, die Staatsbürgerliche Bildungsstelle habe bisher eine Reihe von Schriften herausgebracht und befinde sich derzeit in einer Phase der Neuorganisation. Zu gewaltig sind die Herausforderungen der Gegenwart, zu wenig Gewicht wird politischer Bildungsarbeit zugesprochen. Auf gesamtdeutscher Ebene wird durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 die deutsch-deutsche Teilung zum Dauerzustand und führt zum endgültigen Zerschneiden der alliierten Kriegscoalition und zur Verhärtung des Kalten Krieges zwischen Ost und West.

Der zweite Gründungsakt der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle wird oft auf 1954 datiert. Der formale Gründungsbeschluss durch das Kabinett folgt dem Ansinnen der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Februar 1954, Staatsbürgerliche Bildungsstellen in allen Bundesländern einzurichten. Leiter wird Maximilian von Gumpenberg, der allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits erkrankt ist und sich in den zwei Jahren seiner Amtszeit nicht richtig auf seine Aufgabe einlassen kann. Die Untätigkeit der Staatsbürger-

lichen Bildungsstelle bemängeln auch Abgeordnete von CDU und SPD im Hauptausschuss des Landtags ein Jahr darauf. Immerhin hat man inzwischen eingesehen, dass eine einzelne staatliche Institution allein die gesamte politische Bildung im Lande nicht hinreichend tragen kann.

Am 20. Februar 1956 kommt es zum konstruktiven Misstrauensvotum gegen die Regierung Arnold. Fritz Steinhoff (SPD) wird neuer Ministerpräsident und damit administratives Oberhaupt der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Von Gumpenberg muss wenige Wochen später sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegen, woraufhin die Stelle des Leiters der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle lange Zeit unbesetzt bleibt. Nebenamtlich übernehmen Steinhoffs persönlicher Referent Günter Banzer und dessen rechte Hand Eduard Bungter die laufenden Geschäfte der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Im Wesentlichen beschränken sich die Aktivitäten der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle in dieser Zeit auf den Ankauf und die Verteilung von Druckerzeugnissen wie Bücher und Broschüren, weil der Etat seit 1955 auf rund 100.000 DM begrenzt ist.



Im zweiten Gründungsjahr 1954 wird auch ein Beirat berufen, „um die strikte Überparteilichkeit dieser Stelle zu sichern und die Wirkung ihrer Arbeit zu erhöhen“. Bestehen soll der Beirat aus je einem Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen. Seine erste und zunächst einzige Sitzung findet am 6. Oktober 1955 statt. Nach Überführung der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle in das Innenministerium 1958 sollen zusätzlich auch Vertreter gesellschaftlicher Gruppen dem Beirat angehören. 1961 wird festgelegt, dass der Beirat in erster Linie beratend und koordinierend

tätig werden soll und die Haushaltsberatungen beim Ausschuss für Innere Verwaltung verbleiben. Beiratsvorsitzender ist nun Hansheinz Hauser (CDU), sein Stellvertreter ist ein vielversprechender, aber damals noch recht unbekannter Nachwuchspolitiker namens Johannes Rau (SPD). Unter Ministerpräsident Kühn (SPD) wird der Beirat 1966 in einen ordentlichen Landtagsausschuss umgewandelt und firmiert ab 1970 als „Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung“.

Die Episode Matull (1957/58)

Aus ihrem Schattendasein kann die Staatsbürgerliche Bildungsstelle erst Wilhelm Matull holen, den Ministerpräsident Steinhoff im Dezember 1957 als Leiter beauftragt. Matull hat sich auf dem Gebiet der politischen Bildung bereits einen Namen gemacht.

Nach dem Krieg hatte er den Aufbau der Volkshochschule Hannover vorangetrieben, war daraufhin von 1954 bis 1956 Leiter der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und zuletzt in der noch jungen Bundeszentrale in Bonn im Referat „Schriftendienst“ tätig. Matull kann sich vollständig auf die Staatsbürgerliche Bildungsstelle konzentrieren, da er als erster Referent nicht noch andere nebenamtliche Positionen zu bekleiden hat.

Prinzip der primären Ausrichtung auf Multiplikatoren

Das zu diesem Zeitpunkt geringe Ausgabenvolumen Nordrhein-Westfalens begünstigt die finanzielle Lage der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, deren Etat von 100.000 auf 300.000 DM angehoben wird. So erlauben die neuen Kapazitäten beispielsweise die Wiederaufnahme des Projekts „Schriftenreihe“ von 1946. Parallel dazu wird eine zweite Schriftenreihe mit Publikationen zu den Themen Industrialisierung, Forschung, Bildung und aktuellem politischen Geschehen ins Leben gerufen. Primäre Zielgruppe ist weniger die breite Öffentlichkeit als die Gruppe der politischen Bildner wie Lehrer und Bildungsreferenten. Unter Matull beginnt damit das Prinzip der primären Ausrichtung auf Multiplikatoren der politischen Bildung.

Rasch erweitert und strukturiert Matull das Aufgabenfeld der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle neu. Zum Publikationsangebot kommen Tagungen, Fortbildungen, Filme und Dia-Reihen zu. Zudem kann endlich die lang geplante materielle und ideelle Unterstützung für Einrichtungen und Verbände der politischen Bildung angestoßen werden. Die sich daraus ergebenden vier Schwerpunkte bilden die Grundlage für die gesamte Arbeit im Kern bis heute:

1. **Fortbildungsarbeit**
2. **Publikationen**
3. **Medien**
4. **Förderung gesellschaftlicher Bildungsträger**

Thematisch kann unter Matull auch der Erfahrungshorizont der unmittelbaren Nachkriegszeit erweitert werden. Neben die reine Institutionenkunde und demokratischen Basisarbeit treten unter anderem der Ost-West-Konflikt mit seinen ideologischen Gegensätzen, die europäische Zusammenarbeit und die Bedeutung des Föderalismus. Auch nach außen präsentiert sich die Staatsbürgerliche Bildungsstelle stärker, z. B. durch eine Veranstaltungsreihe „Europa-



politik“ oder die Ausstellung „Montanunion“ im Solinger Stadttheater. Neu sind ebenfalls die Bestrebungen Matulls, die Identifikation mit Nordrhein-Westfalen zu stärken und auf die besonderen Herausforderungen des Landes hinzuweisen. Insgesamt orientiert Matull die Bildungsarbeit seiner Institution stärker an verschiedenen Zielgruppen des industriell geprägten Landes.

Im Wahlkampf 1958 kommt es zu einem Eklat. Matull lässt sich zu einer unglücklichen Aktion hinreißen, die ihn später sein Amt kosten soll. Kurz vor dem Wahltag verschickt er per Eilpost farbig gedruckte Lebensläufe der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Schnell erhebt die Opposition den Vorwurf, Matull habe damit seine Verpflichtung zur Unparteilichkeit verletzt und Wahlkampfhilfe für die SPD geleistet. Mit dem spektakulären Wahlerfolg der CDU bei der Landtagswahl vom 6. Juli 1958 muss Matull in die zweite Reihe zurücktreten. Trotz der Anhebung des Etats fehlte es der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle in Matulls kurzer Amtszeit an finanziellen Möglichkeiten und fachlich ausgebildetem Personal, um der eher unpolitischen Haltung weiter Bevölkerungs-

kreise nachhaltig entgegenzuwirken. 1959 rät Matull über die Grenzen staatlicher Maßnahmen und sieht die stärker emanzipativen Ansätze politischer Bildung voraus:

„[D]ie demokratische Staatsform hat es besonders schwer, weil sie erhebliche Anforderungen an Wissen und Einsicht, an Können und Mitarbeit stellen muß. [...] Letzten Endes steht und fällt die Staatsform mit der Verantwortungsbe-reitschaft und Urteilsreife ihrer Staatsbürger.“

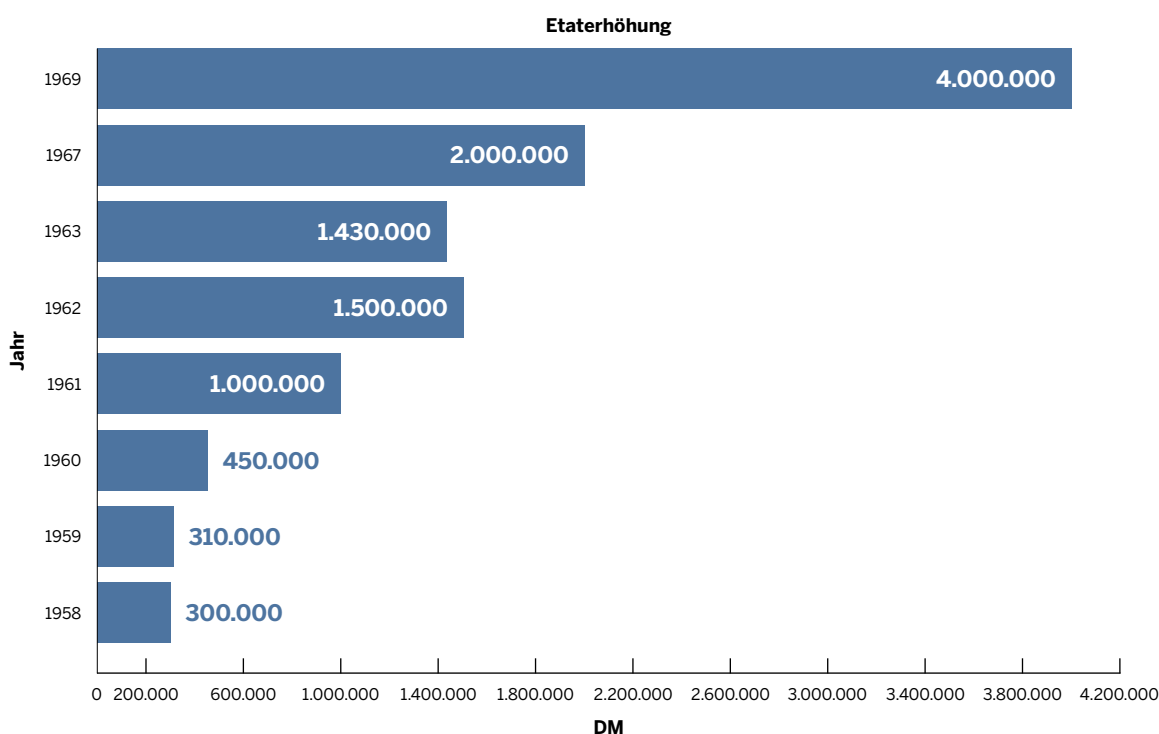
Matull, 1959

Aufschwung in der Ära Nachtwey (1958-1975)

Noch im Monat seines Amtsantritts besetzt der neue Ministerpräsident Franz Meyers (CDU) die Leitung der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle mit einem Mann seines Vertrauens: Hermann-Josef Nachtwey. Wilhelm Matull wird Nachtweys Stellvertreter.

In dieser Zeit begreift man politische Bildung, vor allem in eher konservativen Kreisen, als eine Art „positiven Verfassungsschutz“. Vor diesem Hintergrund gliedert Meyers die Staatsbürgerliche Bildungsstelle am 5. November 1958 aus dem Bereich des Ministerpräsidenten in das Innenministerium aus, obschon diese Entscheidung vom Parlament nicht einhellig getragen wird. Der damit neue oberste Dienstherr, Innenminister Josef Hermann Dufhues (CDU), bestätigt Meyers Zielvorgaben: Geistige Unabhängigkeit und Objektivität sollen Grundlage der Arbeit sein. Ein weiterer Bereich, der Dufhues besonders am Herzen liegt, ist die Konzentration auf Jugendarbeit in Verbindung mit der Stärkung des nordrhein-westfälischen Landesbewusstseins:

„Die Aufgabe, das Bewußtsein für die hervorragende und bedeutsame Aufgabe dieses Landes auch in unserer Jugend zu wecken und das Land Nordrhein-Westfalen im Verfassungsbewußtsein seiner Bevölkerung Wirklichkeit werden zu lassen, scheint mir in der Vergangenheit nicht in dem Maße und mit den Kräften angepackt worden sein, die der Bedeutung dieser Aufgabe entsprochen hätte.“



Die Startbedingungen für den neuen Leiter sind günstig. Dank stetiger Etatserhöhung seit 1958 stehen endlich die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung.

Ganz sicher begründet nicht nur der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung nach der Konsolidierungsphase der Bundesrepublik die Etatserhöhung, sondern auch das gesellschaftliche Klima, das inzwischen angespannt ist. Die großen wirtschaftlichen Erfolge und der soziale Aufstieg breiter Schichten hatten die Erwachsenengeneration die Jugend vergessen lassen. „Halbstarke – Eines Tages bumst es“, übertitelt der Spiegel einen Bericht vom Juni 1958 über die aufkommende Gewaltbereitschaft junger Menschen gegenüber der Polizei. Seit 1958 zeigen sich zudem wieder antisemitische Tendenzen im gesamten Bundesgebiet. Ihren Höhepunkt erreicht die antisemitische Welle im Dezember 1959, als zwei junge Männer in Köln die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Synagoge mit Hakenkreuzen und Parolen wie „Juden raus“ beschmiereten.

Die Politik sieht sich veranlasst zu handeln. Politische Bildungsarbeit wird als Problemlöser und Brandlöscher gesehen. Auch Ministerpräsident Meyers ist von der Wirksamkeit politischer Bildung überzeugt:

„Die Staatsbürgerliche Bildungsstelle ist, wie wir gerade in den letzten Monaten an Vorgängen auch in unserem Lande gesehen haben, ein so wichtiges Kapitel, daß wir sie zu einem allgemeinen Mittel der Bildung in demokratischem Sinne, nicht nur der Jugendlichen, sondern auch der Erwachsenen in unserem Lande benutzen sollten.“

Dass die Ausgaben für politische Bildung damit einhergehend erhöht werden, ist nicht selbstverständlich. Bereits seit 1957 wird die Wirksamkeit politischer Bildung heiß diskutiert. Im Rahmen der „Begegnungsoffensive“ der DDR trafen ostdeutsche auf westdeutsche Jugendliche. Im Austausch zeigte



sich eine starke Politisierung der „Ostjugend“, deren Argumenten ihre westdeutschen Altersgenossen wenig entgegenzusetzen hatten. Zurückgeführt wurde dies auf Versäumnisse der politischen Bildung; die antisemitische Welle von 1959/60 verstärkte den Vorwurf der Unwirksamkeit. Für eine notwendige Reform der politischen Bildung beruft die Bundesregierung 1960 eine Beratungskommission ein. Diese plädiert für eine Abkehr von der reinen Faktenvermittlung zum demokratischen System und eine Hinwendung zur Stärkung der Urteilskraft des Einzelnen.

Nachtwey hat schon 1958 erkannt, dass die Staatsbürgerliche Bildungsstelle Nordrhein-Westfalens der Entwicklung auf Bundesebene hinterherhinkte. Dank der allgemein wachsenden Wertschätzung für politische Bildung in der ersten Hälfte der 1960er Jahre und der politischen Grundsatzentscheidung zur finanziellen Förderung freier Träger ist es ihm nun möglich, die Bedeutung der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle auszuweiten. Die von Matull begonnene Neustrukturierung führt er fort und versammelt ein fähiges Team von Mitarbeitern um sich herum. Als Publikationsreferenten gewinnt er Eugen Stamm, für das Medienreferat Eduard Bungter und für die Träger- und Tagungsförderung Bernhard Höckner.

Im Dienst der Demokratie

Aufschwung in der Ära Nachtwey

Ein probates Mittel politischer Bildungsarbeit sieht die Staatsbürgerliche Bildungsstelle seit ihrer Gründung in der Herausgabe und Verteilung von Schriften.



Der Leiter der Landeszentrale
1958-1975 Hermann-Josef Nachtwey

Anfangs ist der Markt für Literatur zur politischen Bildung noch mehr als übersichtlich, sodass sich die Mitarbeiter mitunter selbst als Autoren betätigen oder proaktiv Themen bei Verlagen anregen. Auch außerhalb des eigenen Aktionsradius beteiligen sich die Referenten an Drucksachen, Katalogen, Plakaten und Aufsätzen in Fachzeitschriften, in denen sie für die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle werben und so hohe Aufmerksamkeit generieren. Bald schon ist das publizistische Angebot der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle so groß, dass ein Druckschriftenverzeichnis notwendig wird.

Themenbereiche des ersten Druckschriftenverzeichnisses:

- I. Festigung des demokratischen Gedankens
- II. Nordrhein-Westfalen
- III. Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands
- IV. Zeitgeschichte
- V. Bundesrepublik Deutschland
- VI. Übernationale Beziehungen
- VII. Auseinandersetzung mit dem Kommunismus
- VIII. Gesellschaft

In acht Themengruppen reflektieren die Autoren wichtige politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Zeitereignisse. Stand in den 1950er Jahren noch die grundlegende Einübung der Demokratie und des demokratischen Handelns im Vordergrund, kommt es allmählich zur Verwissenschaftlichung des Angebots, das nun auch pluralistische und kontroverse Darstellungen im Sinne der Multiperspektivität beinhaltet.

Zu einer grundsätzlichen Kontroverse kommt es 1963, als Ministerpräsident Franz Meyers seine Regierungserklärung durch die Staatsbürgerliche Bildungsstelle drucken lassen will. Für deren Leiter Nachtwey kommt dies nicht in Frage. Er sieht in der Verschränkung von Regie-

rungsansinnen und politischer Bildung eine Verletzung der Überparteilichkeit seines Hauses. Unterstützung findet Nachtwey im parlamentarischen Beirat der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Der aufgebrachte Meyers erklärt daraufhin kurzerhand den Druck seiner Regierungserklärung zu einer staatsbürgerlichen Bildungsaufgabe für dieses Land“. Die Öffentlichkeit habe schließlich ein Recht darauf, die Regierungsabsichten der nächsten vier Jahre zu erfahren. Zwar muss Nachtwey die Regierungserklärung schließlich drucken lassen, fortan befinden sich jedoch nie wieder Regierungserklärungen im Schriftenverzeichnis der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle.

Nach den Erfahrungen dieser politischen Kontroverse erklären Nachtwey und vor allem Stamm als Publikationsreferent Subsidiarität zum Grundsatzprinzip. Konkret meint dies Zurückhaltung, was die Herausgabe eigener Publikationen angeht, um Vorwürfen staatlicher Einflussnahme von vorneherein vorzubeugen. In der Folge werden stattdessen Publikationen von Verlagen angekauft, dort auf eigene Initiative angeregt, oder die Verlage kommen selbst auf Stamm zu und bieten Titel an. Mit diesem wechselseitigen Koproduktionsverfahren wird die Staatsbürgerliche Bildungsstelle schnell zu einem attraktiven Partner für Verlage. Neben der standardmäßigen Buchhandelsausgabe existiert häufig ein exklusiver Sonderdruck der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Der gegenseitige Austausch von Publikationen mit der Bundeszentrale und den anderen Bildungsstellen untereinander führt zu einer raschen Erweiterung des Angebots.

Mittlerweile ist das Angebot an kostenfreien Publikationen so reichhaltig und beliebt, dass die Verteilung der Druckerzeugnisse systematisiert werden muss, um den Bedarf zu decken. Um die Rezipienten der Lektüre optimal zu erreichen, baut Publikationsreferent Stamm einen weit verzweigten Verteiler aus, dessen Strukturen viele Jahre Bestand haben sollen. Grundlage dieses Verteilers ist eine von Stamm entwickelte Empfängerkartei, die Ende 1965 bereits über 22.000 Namen von Institutionen und Multiplikatoren aus Wissenschaft, Erziehung und Bildung enthält. Parallel dazu baut das Team um Stamm eine Titelnkartei

auf, die Interessenten eine übersichtliche Darstellung des Literaturbestands bieten soll. Die von Stamm und seinen Mitarbeitern ausgearbeiteten Strukturen erweisen sich als so praktikabel, dass sie bundesweit übernommen werden. Schnell spricht sich herum, dass Nordrhein-Westfalen eines der reichhaltigsten Angebote an Literatur zur politischen Bildung führt. Da die Nachfrage inzwischen über die Kapazitäten der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle hinausgeht, sieht sich Stamm im Jahr 1961 gezwungen, den zunächst offenen Empfängerkreis auf die Multiplikatoren politischer Bildung zu begrenzen.



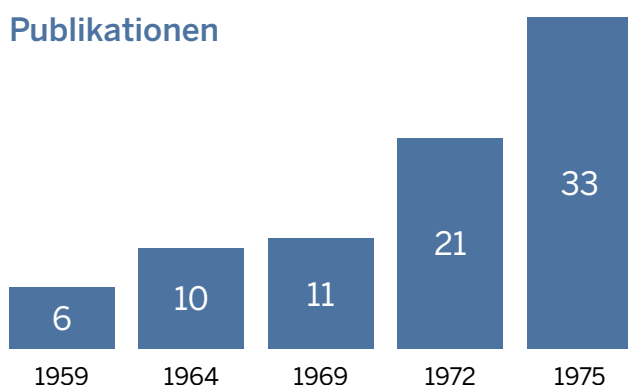
1964 werden bereits rund 100.000 Buch-, Broschüren- und Zeitschriftensendungen versendet. Für interessierte Bürger wird fortan ein zweites Verzeichnis mit dem Titel „Politische Bildung – Grundinformation / Grundinformation Politik“ erstellt. Ab 1976 können auch sie wieder frei aus dem Angebot der Landeszentrale für politische Bildung bestellen. Zusätzlich etabliert der neue Leiter Willi Kreiterling ein Umfragesystem über die Interessen der Bezieher. Auch im 21. Jahrhundert werden die Besteller von Publikationen mehrfach zu Inhalten, Nutzung oder Service des Angebots umfassend befragt.

Förderung von Landeskunde, Landesbewusstsein und Landesidentität

Publikationen mit Bezug zum eigenen Land Nordrhein-Westfalen bilden seit dem ersten Schriftenverzeichnis 1959 einen eigenen Themenschwerpunkt im Katalog der Landeszentrale. Zu diesem Zeitpunkt sind Publikationen zu Nordrhein-Westfalen auf dem Buchmarkt Mangelware.

Auch nach über zehn Jahren fehlt es immer noch an einer gemeinsamen nordrhein-westfälischen Landesidentität. Schon zu Beginn von Nachtweys Amtsantritt hatte man sich die Förderung des Landesbewusstseins zur Aufgabe gemacht. Vor allem für die Darstellung der Landesgeschichte fühlt sich die Staatsbürgerliche Bildungsstelle verantwortlich. Nachtwey ist von Anfang an viel daran gelegen, Autoren zu Landesthemen anzuregen. Seit 1959 finden in den Folgejahren immer mehr Schriften von Autoren wie Walter Först, Wolfram Köhler und Horst von Stryk Einzug in das Schriftenverzeichnis der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle.

Publikationen

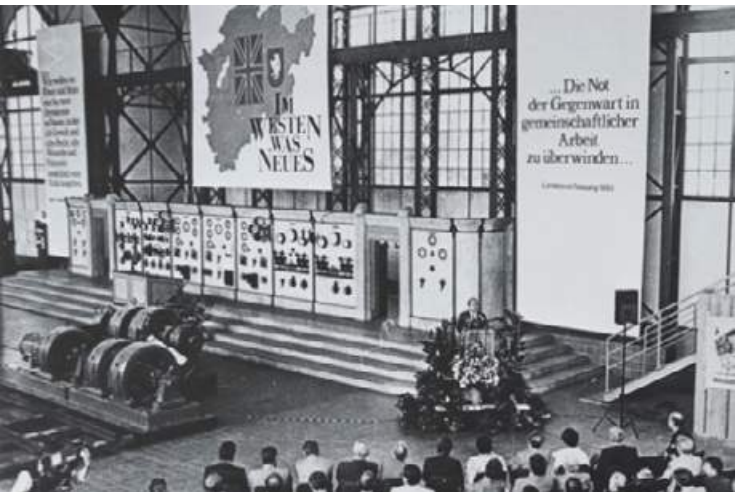


Auch Medienreferent Eduard Bungter liegt viel daran, diese thematische Lücke im Filmangebot der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle zu schließen und gibt selbst einige Filme mit landesspezifischem Fokus in Auftrag. So handelt es sich 1960 bei der allerersten Produktion um landeskundliche Darstellungen mit filmischen Beschreibungen der historischen und politischen Entwicklungen Nordrhein-Westfalens – zu diesem Zeitpunkt absolute Mangelware.

In den 1970er Jahren sollen immer wieder Filme mit Landesbezug in den eigenen Katalog Eingang finden. Damit ist die Staatsbürgerliche Bildungsstelle und seit 1967 Landeszentrale für politische Bildung noch vor Johannes Raus phänomenal erfolgreichen Kampagne „Wir in Nordrhein-Westfalen“ Vorreiter und wichtiger Stifter von Landesbewusstsein und Landesidentität.

1984 wird unter Leiter Günter Wichert die „Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens“ begründet, deren Bände sich mit der Entstehung des Landes, seiner Wirtschaft, dem Verhältnis zum Bund, Parteien und Wahlen befassen. In diesem Jahr findet zudem eine Tagung zu den Anfängen Nordrhein-Westfalens statt. Eine Bibliographie anlässlich des 40. Landesgeburtstags versammelt über 300 Titel zur Geschichte der ehemaligen Provinzen Rheinland und Westfalen sowie Lippe, zur nordrhein-westfälischen Landeskunde seit 1946, zu politischen Statistiken und Themen der nordrhein-westfälischen Verwaltungs-, Rechts-, Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial-, Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Kunst- sowie Religionslandschaft in Nordrhein-Westfalen. Beim Ausbau der Landeskunde wird Wichert von seinem Publikationsreferenten Walter Fehling unterstützt, dem insbesondere das gemeinsame Landesbewusstsein der ehemaligen preußischen Provinzen am Herzen liegt.

Zum Landesjubiläum 1986 beteiligt sich die Landeszentrale an etlichen Aktivitäten wie einem Symposium oder einem Geschichtswettbewerb zum Thema „Vierzig Jahre Nordrhein-Westfalen“. Als ein großer Erfolg sollte sich zudem die Jubiläumsausstellung



Eröffnung der Ausstellung
„Im Westen was Neues“
durch Ministerpräsident
Johannes Rau

„Im Westen was Neues“ erweisen, die in Dortmund und Düsseldorf auf über 2000 Quadratmetern gezeigt wird. Anspruch der Ausstellung ist es, weniger mit klassischen Ausstellungsmitteln wie Flachware, Texten oder Bildern zu arbeiten, sondern ein Stück der Geschichte zu inszenieren. So wird z. B. ein aus dem Imperial War Museum stammender britischer Schützenpanzer, mit dem die Rheinarmee in die Provinzen einmarschierte, oder ein alter gasbetriebener Transportwagen ausgestellt sowie ein Kino mit Kurzfilmen aus der Zeit hergerichtet.

Die Ausstellung erfreut sich mit jeweils rund 50.000 Besuchern an beiden Standorten nicht nur großer Publikumsbeliebtheit, sondern ist mit ihrem inszenatorischen Charakter auch wegweisend für zukünftige Ausstellungskonzepte wie das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Auch inhaltlich geht die Ausstellung neue Wege – dank der jungen Historiker Gerhard Brunn, Peter Hüttenberger und Rolf Steininger, die erstmals nach Öffnung der britischen Archive Zugang zu den Akten erlangen und frischen Wind in die nordrhein-westfälische Landesgeschichte bringen. „Landesvater“ Johannes Rau, der die erfolgreiche Marke „Wir in NRW“ prägt, ist großer Ermutiger und Unterstützer der Landeszentrale bei dieser Ausstellung. Mit der Ausstellung unterstreicht die Landeszentrale die Seriosität ihrer Arbeit und ihre Ambitionen, das Landesbewusstsein und die Landesidentität zu fördern.

Neben etlichen Filmen mit landeshistorischen Schwerpunkten stellt das Medienreferat auch in den 1990er und 2000er Jahren immer wieder Angebote zur Landesgeschichte zur Verfügung, die im Folgenden noch ausführlich beschrieben werden – neben klassischen filmischen Dokumentationen finden sich darunter umfangreiche Internetangebote, materialreiche Multimedia-CD-ROMs und DVDs, OER-Materialien und Social-Media-Projekte.

Seit Anbeginn stellt das Land Nordrhein-Westfalen über alle Referate hinweg einen zentralen Themenschwerpunkt dar, der sich in einem breiten Angebot an Publikationen, analogen wie digitalen Medien und Veranstaltungen niederschlägt. Unter dem neuen Leiter, dem Geschichts- und Politikwissenschaftler Guido Hitze, sowie seinem Stellvertreter und langjährigen Mitarbeiter in der Landeszentrale, Andreas Kost, erlebt die Landesgeschichte seit 2020 eine neue Gewichtung und wird stärker denn je gefördert. So bekommt beispielsweise die Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens eine neue Facette, da ein Kartenfund aus den 1920er Jahren die als Operation Marriage bekannte Zwangsheirat der Provinzen Rheinland und Westfalen durch die Briten um eine neue Perspektive ergänzt: Sie zeigt, dass Nordrhein-Westfalen einer deutschen Idee entstammt, die viel älter als 1946 ist und in der Reichsreformdebatte der Weimarer Republik wurzelt. Zum 75. Jubiläumsjahr 2021 hat die Landeszentrale dazu u. a. einen kompakten Erklärfilm auf ihrer Website und ihren Social-Media-Kanälen veröffentlicht.

Der Ausbau des Medienreferats unter Eduard Bungter

1958 übernimmt Eduard Bungter das Referat für Medien in der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Im gleichen Jahr legt das Referat ein erstes Verzeichnis über sämtliche bis dahin im Programm geführten Filme sowie Dia-Reihen vor, in dessen Folge jährlich ein neues Verzeichnis erscheinen soll.

Unter den erst rund 35 Filmen, die die Staatsbürgerliche Bildungsstelle im Angebot hat, befinden sich Reportagen, Dokumentationen und Satiren, z. B. über die noch sehr nahe nationalsozialistische Vergangenheit, zeitaktuelle Probleme im geteilten Deutschland, europäische Zusammenarbeit, Kommunismus oder die Rassenproblematik in den USA. Neben den Filmen werden auch acht schwarz-weiß produzierte Diapositiv-Reihen angeboten, die wichtige Stationen der Nachkriegspolitik thematisieren.

Die seinerzeit hohen Beschaffungskosten hemmen die Verbreitung der Filme beim interessierten Publikum. Deswegen wird ein hauseigener Verleih für die landesweite Nutzung von Filmen zum Zwecke politi-

scher Bildung aufgebaut. Der Filmbestand nimmt zu, thematisch behandeln die Filme zunächst Grundlagen zur Demokratie und mitbürgerlichem Verhalten, den Umgang mit Kommunismus und Informationen zu Land und Heimat Nordrhein-Westfalen.

Im Laufe der Jahre werden die Filmkataloge immer wieder mit aktuellen Themen erneuert. Die Kategorie Landeskunde mit Filmen zur nordrhein-westfälischen Gegenwart und Geschichte hat dabei ihren festen Platz. Auch kontrovers gehandelte Filme wie „Nacht und Nebel“ (1958) mit dem heiklen Thema der Vernichtung in den Konzentrationslagern werden angeboten.

Themenschwerpunkte

1961

- I. Geschichte und Gegenwart
- II. Europa
- III. Ostkunde
- IV. Demokratie, Staatsbürgerkunde
- V. Erziehung, mitbürgerliches Verhalten
- VI. Landeskunde
- VII. Entwicklungsländer



Themenschwerpunkte

1963/64

A. Bürger – Gemeinschaft – Staat

1. Die Freiheit und die Grundrechte
2. Demokratie
3. Die Bundesrepublik Deutschland
4. Der Mensch in Gemeinschaft und Gesellschaft

B. Vom Staatsbürger zum Weltbürger

1. Europa
2. Weltorganisationen
3. Entwicklungsländer

C. Zeitgeschichte

1. Die Weimarer Republik
2. Das Dritte Reich
3. Von 1945 bis heute
4. Berlin

D. Kommunismus

1. Ideologie
2. Kommunistische Expansion und Herrschaft
3. Die Sowjetzone
4. Deutsche Ostgebiete

E. Das Land Nordrhein-Westfalen

1. Geschichte
2. Gegenwart

1967

1. Bundesrepublik Deutschland
2. Die sowjetische Besatzungszone
3. Berlin
4. Nordrhein-Westfalen
5. Festigung des demokratischen Gedankens
6. Auseinandersetzung mit dem Kommunismus
7. Geschichte, Zeitgeschichte
8. Übernationale Beziehungen
9. Mensch und Gesellschaft

1970

- I. Mensch und Gesellschaft
- II. Erziehung und Bildung
- III. Rassendiskriminierung
- IV. Krieg und Frieden
- V. Zeitgeschichte
- VI. Zeitgeschehen
- VII. Osteuropa
- VIII. Totalitäre Macht
- IX. Kommunikation, Manipulation, Werbung
- X. Zukunftsprobleme
- XI. Nordrhein-Westfalen
- XII. Länderkunde

Im Dienst der Demokratie

Aufschwung in der Ära Nachtwey



1975 umfasst der Katalog in der zwölften Auflage knapp 500 Seiten, auf denen die kostenfrei entlehbaren Filme, Bildreihen und Tonträger aufgelistet werden.

Da der Filmmarkt die Wünsche und Interessen der Bezieher nicht hinreichend abdecken kann, entstehen auch eine Reihe von Auftragsproduktionen, die die Staatsbürgerliche Bildungsstelle zum Kooperationspartner zunächst für den Film- und später auch für den Fernsehbereich werden lassen. Auf Veranstaltungen wie den Westdeutschen Kurzfilmtagen in Oberhausen, den Dokumentarfilmtagen in Duisburg oder den Mannheimer Kurzfilmtagen werden Kontakte zur Filmbranche geknüpft, Neuproduktionen angeregt oder Neuanschaffungen für das eigene Angebot gesichtet. Das Medienreferat beschränkt sich dabei nicht nur auf deutsche, sondern weitet seinen Blick auch auf internationale Filme aus.

Verständnis fördern für Länder und Kulturen des Ostblocks

Als der „Eiserne Vorhang“ durch den Beginn des Mauerbaus 1961 ins unmittelbare Bewusstsein der deutschen Bevölkerung rückt, wächst das Interesse an Informationen über Osteuropa. Volkshochschulen, Verbände, aber auch interessierte Privatpersonen treten an die Staatsbürgerliche Bildungsstelle heran und erfragen entsprechendes Informationsmaterial. Bereits 1959 wird ein Animationsfilm des tschechischen Regisseurs Jiří Trnka synchronisiert. Einen besonderen Schwerpunkt der Filmarbeit bildet Polen; die zahlreichen Filme polnischer Provenienz im Programm der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle und späteren Landeszentrale für politische Bildung fördern die deutsch-polnische Aussöhnung. 1975 befinden sich im Filmkatalog über 20 Filme polnischer Herkunft.

Mit seinem breiten Angebot an Filmen arbeitet das Medienreferat mit daran, Vorbehalte gegen die Länder und Kulturen des Ostblocks abzubauen sowie für gegenseitiges Verständnis zu werben. Aber auch das westliche Europa kommt nicht zu kurz. So unterhält die Staatsbürgerliche Bildungsstelle Kontakte zu zahlreichen europäischen Filminstitutionen und richtet gemeinsam mit der „Generaldirektion Presse und Information“ sowie der „Europäischen Aktionsgemeinschaft“ 1969 einen „Tag des europäischen Films“ aus. Bereits seit 1963 arbeitet die Staatsbürgerliche Bildungsstelle mit niederländischen Filminstitutionen eng zusammen, ab 1964 besteht auch eine Zusammenarbeit mit der „Bundesstaatlichen Hauptstelle für Bild und Film“ in Österreich.

Mit seiner immer stärkeren Verbreitung weckt das Fernsehen als Massenmedium Mitte der 1960er Jahre das Interesse der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle. Das Medienreferat produziert in den Folgejahren



Filmausschnitte aus
„Weg ohne Umkehr“,
„Stresemann“ und
„In jenen Tagen“

15 eigene Dokumentarfilme zur Auseinandersetzung mit „Kommunikation und Massenmedien“. Auch eine langjährige Kooperation mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird begonnen. Eine erste gemeinsame Produktion mit dem WDR ist eine vierteilige Schulfernseh-Sendereihe über Grundrechte, die in Folgen von je 25 Minuten die Verfassungsartikel 1-9 behandelt.

Als die Staatsbürgerliche Bildungsstelle 1961 in die Wasserstraße umzieht, richtet das Medienreferat einen eigenen Vorführraum mit Projektoren und Leinwänden in den neuen Räumlichkeiten ein. Durch die großzügige Ausstattung, zu der bald auch ein eigener Schneidetisch, Fernsehgeräte und Videorekorder kommen, können die Mitarbeiter im

Im Dienst der Demokratie

Aufschwung in der Ära Nachtwey

Medienreferat Filme effektiv sichten, Auftragsproduktionen aktiv mitgestalten und Interessenten das audiovisuelle Material bei Außenveranstaltungen vorführen.

Wachsendes Interesse und Ausbau des Medienangebots

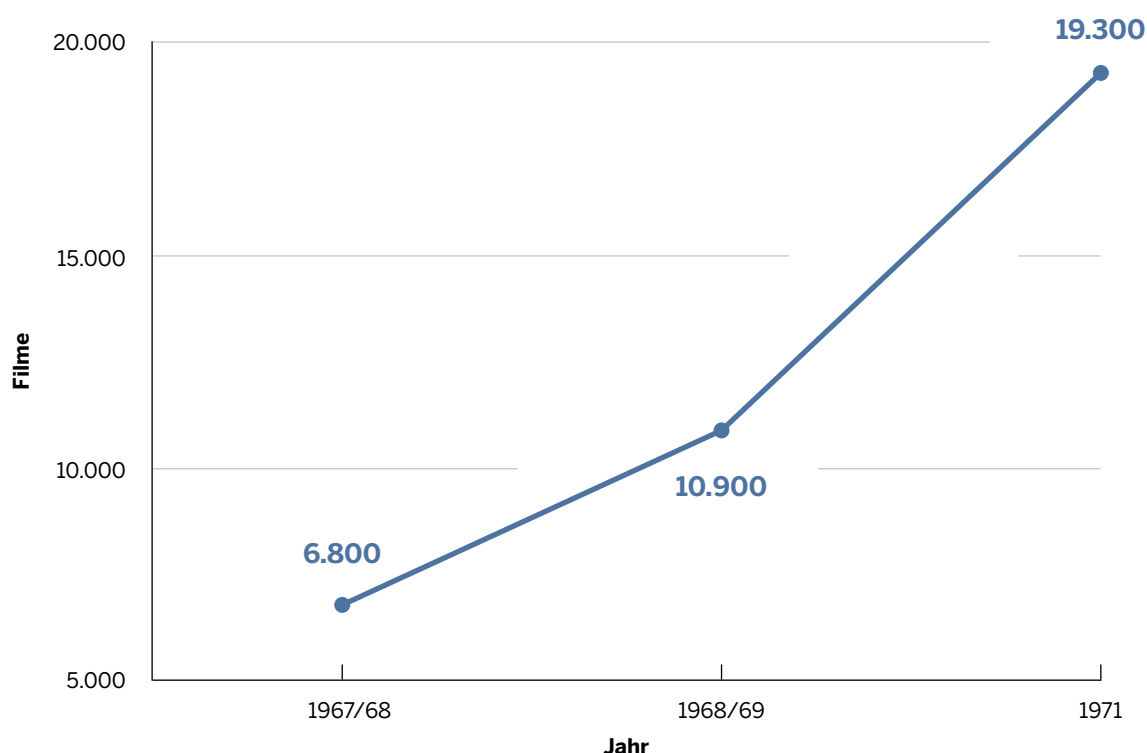
Maßgeblicher Faktor der expansiven Entwicklung des Filmverleihs ist die Erkenntnis, wie wichtig eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit ist, um die Interessenten auf das Medienangebot der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle aufmerksam zu machen. Neben Werbeanzeigen in Zeitschriften sowie Plakatwerbung richtet die Landeszentrale ab 1978 audiovisuelle Tage („AV-Tage“) aus – eine Werbeveranstaltung, bei der neue AV-Mittel in bis zu fünf Vorführräumen potenziellen Interessenten vorgeführt werden.

Die Filmserzeugnisse der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle sind nicht von Anfang an erfolgreich. In den ersten Jahren existieren noch deutliche Vorbehalte bei Lehrenden aus der Kinder-, Jugend- und Erwach-

senenbildung – vor allem in Bezug auf den didaktischen und technischen Einsatz des Filmmaterials im Unterricht. Die von der SPD angestoßene Diskussion über eine Bildungsreform auf der Höhe der Zeit führt zu einem erwachten Interesse und einer wachsenden Akzeptanz gegenüber audiovisuellen Unterrichtsmitteln. Für die Etablierung der neuen Medien in den Schulen gibt es seit dem Erlass des Kultusministers 1970 einen „Fachlehrer Medien“ an allen Schulen der Sekundarstufe I und II.

Während 1970 noch rund 12.500 Filmbestellungen bei der Landeszentrale für politische Bildung eingehen, sind es nur drei Jahre später bereits 18.000. Standardformat ist bis Mitte der 1970er Jahre der 16mm-Film, entweder in schwarz-weiß oder in Farbe. Als sich 8mm-Projektoren immer weiter verbreiten, reagiert auch das Medienreferat auf das neue Format und gibt fortan einige Fünfminüter heraus. Zwar hat das neue Format eine verbesserter Handlichkeit, jedoch ist das Fehlen des Tons problematisch für den Einsatz zum Zwecke politischer Bildung. Erst das Nachfolgeformat „Super 8“ führt zu hier zu einer Verbesserung, da nun Ton hinzukommt.

Verschickte Filme



1960er



Die Landeszentrale tritt auch auf dem internationalen Parkett in englischer Sprache auf.

Weil Interessierte seit 1972 Filme und andere audiovisuelle Medien von der Landeszentrale auch erwerben können, erstellt das Medienreferat jeweils für die alten 16mm-Filme und die neuen Super-8-Filme eigene Verzeichnisse zum käuflichen Erwerb. Der ehemalige Katalog „Filme, Tonträger, Bilder“ heißt inzwischen „Audiovisuelle Arbeitsmittel für die politische Bildung“ und wird jährlich aktualisiert. 1975 sind so bereits mehr als 300 Filme im Angebot der Landeszentrale. Ab 1978 tritt ein weiteres Format hinzu, das sich durch noch höhere Praktikabilität auszeichnet und lange der Standard für portable Filme bleiben sollte: die VHS-Kassette. Schon 1978 besitzt die Landeszentrale erste Filme auf VHS, 1981 sind es bereits 60.

Veranstaltungen und Fortbildungsarbeit

Für Nachtwey und sein Team stellen Multiplikatoren politischer Bildung eine besonders wichtige Zielgruppe dar. Aus diesem Grund messen sie ihre Arbeit an den Bedürfnissen der Pädagogen, Lehrenden in der Erwachsenenbildung, Jugendleitern und Vertretern anderer Organisationen und Institutionen politischer Bildung.



Neben der Herausgabe von Schriften und audiovisuellem Unterrichtsmaterial bilden Tagungen, Fortbildungen und Veranstaltung aller Art die dritte Säule der Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, die in diesem Bereich in den ersten Jahren von Veranstaltungsreferent Bernhard Höckner ausgebaut wird. Da man Ende der 1950er Jahre staatliche politische Bildung als pädagogische Initiative betrachtet, wendet sich die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle insbesondere den Lernenden und Lehrenden an den Schulen zu, die auch für Nachtwey von Anfang an die wichtigsten Zielgruppen bilden.

Inzwischen ist nicht nur das Bedürfnis nach fundierten Aussagen und Einschätzungen zur Zeitdiagnose gestiegen, sondern auch der immer stärkere Wunsch der Pädagogen nach unterstützenden audiovisuellen Unterrichtsmaterialien aufgekommen. Um den Wirkradius der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle im Schulkontext zu erweitern, werden neben der Bereitstellung von Lehrmitteln auch Bildungsseminare vor Ort in den Schulen angeboten. Das Engagement der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle mündet in einer

engen Zusammenarbeit mit dem Kultusminister, den Lehrerverbänden und der Landeselternpflegschaft.

Anschluss an den aktuellen Stand des akademischen Diskurses

Eine Initiative besonderen Ranges stellen die von 1960 bis 1986 stattfindenden „Hochschulwochen für politische Bildung“ in Bad Meinberg dar. Vor 200 bis 250 Lehrkräften, Erwachsenenbildnern und Interessierten referieren hochkarätige Persönlichkeiten aus sämtlichen einschlägigen akademischen Fachbereichen zu Grundfragen der Zeitdiagnose und politischen Bildung. Vor allem für die oftmals neben- oder ehrenamtlich tätigen Multiplikatoren der politischen Bildung stellen die Vortragsprogramme eine willkommene Möglichkeit zum Anschluss an den aktuellen Stand des akademischen Diskurses dar. Ab 1975 werden die Vorträge zudem in einem Sammelband dokumentiert, sodass die Hochschulwochen über den Teilnehmerkreis hinaus große Aufmerksamkeit erreichen können.

Förderung freier Träger

Die vierte Säule der Schwerpunktarbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, die während Nachtweys Amtszeit grundlegend ausgebaut wird, ist die Förderung freier Träger politischer Bildung.

Bereits Amelunxen hatte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für die zentrale staatliche Bildungsstelle eine zurückhaltende Position vorgesehen. In den ersten Jahren war die Landschaft der freien Träger jedoch noch zu spärlich, sodass die Staatsbürgerliche Bildungsstelle diese Aufgabe übernehmen musste, weil sonst niemand zur Verfügung stand. 1962 ist das Netz politischer Bildungsarbeit im Land mittlerweile gut durch freie Träger wie Volkshochschulen, Verbände, (Partei-)Stiftungen, Jugendorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften abgedeckt. Die Staatsbürgerliche Bildungsstelle leistet dabei ihren Beitrag von staatlicher Seite und unterstützt die freien Träger nach ihren Kräften mit Büchern, audiovisuellen Medien, Veranstaltungen und finanziellen Mitteln.

Zeitgleich kommt Anfang der 1960er Jahre die Idee auf, lokale Dependancen der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle in den Kommunen des Landes einzurichten, wie dies bereits in Baden-Württemberg geschehen war. Nordrhein-Westfalen geht hier einen anderen Weg und realisiert zwar ebenfalls eine dezentrale Struktur, jedoch durch ein dichtes Netz freier Träger. Zwischen 1963 und 1976 verzehnfacht sich die Summe, die für die finanzielle Unterstützung der freien Träger ausgegeben wird. Insbesondere das Jahr 1974 kommt in diesem Zuge einer Zäsur gleich, da in diesem Jahr das „Erste Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen“ in Kraft tritt.

Exkurs: Legitimationsproblematik staatlicher politischer Bildung

In der Verfassung verankerte, staatlich initiierte politische Bildung ist ein deutsches Phänomen. Nirgendwo sonst agieren staatliche Institutionen im Regierungsauftrag, um für die eigene Staatsform zu werben.

Eine negativ gelagerte Ausnahme bilden dabei totalitäre Staaten, in denen ebenfalls sogenannte „staatliche Bildung“ betrieben wird, damit jedoch die Indoktrination der Bevölkerung gemeint ist. Mit Demokratie hat das grundsätzlich nichts zu tun und auch die staatliche politische Bildung in Deutschland hat damit nichts gemein. Hier hat man von Anfang an Wert auf die staatliche Mitwirkung an Vergangenheitsbewältigung und am demokratischen Prozess gelegt. Zu wenig verankert war der demokratische Gedanke und zu groß war die Furcht vor einer erneuten Diktatur.

Damit politische Bildung fruchtbar wird, muss sie über die reine Wissens- und Faktenvermittlung hinaus gehen. Sie kann nicht in einem wertfreien Raum abseits des Politischen agieren, da ihr sonst schnell fehlender Realitätsbezug vorgeworfen wird. Politik meint Interessen- und Wertvertretung.

Demnach muss sich auch die politische Bildung mit den Werten und verschiedenen Interessen innerhalb einer Gesellschaft auseinandersetzen und die Bürger dort abholen, wo sie nach Orientierung und Integrierung suchen. Politische Bildung ist kein Ersatz für Politik – viel mehr geht es ihr um die gesellschaftliche Konsensbildung über die Verfassung und die Legitimität des demokratischen Systems. In ihr wird die Überzeugung vertreten, dass die politische Ordnung erhaltens- und schützenswert ist. Denn diese kann erst normativ werden, wenn sie von möglichst vielen akzeptiert wird. Benötigt werden dazu allerdings zweierlei: Kenntnisse über die Funktionsweise der Demokratie und ihrer Institutionen sowie gleichzeitig ihre innere Zustimmung und die Fähigkeit, sich über sie im Diskurs auszutauschen. Für Grundsatzfragen zur politischen Bildungsarbeit existiert in der Landeszentrale daher auch ein eigenes Referat, das sich mit diesen und weiteren elementaren Fragen befasst.

Die politische Bildung im Kreuzfeuer der gesellschaftlichen Krisen Ende der 1960er

Im Zuge der bundespolitischen Entwicklung (Bruch der Koalition aus Union und FDP unter Bundeskanzler Ludwig Erhard) überzeugt die SPD die FDP-Abgeordneten im NRW-Landtag von einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Franz Meyers, bei dem Heinz Kühn (SPD) am 8. Dezember 1966 zum neuen Ministerpräsidenten gewählt wird.

SPD und FDP bilden eine Koalition. Kühn will neue Akzente im nordrhein-westfälischen Bildungswesen setzen. Besonders der jungen Generation fühlt er sich selbst verpflichtet. Anfang der 1960er Jahre hatte man vieles erreicht. Deutschland ging es wirtschaftlich gut. Die Belange der jungen Menschen im Lande waren dabei jedoch in den Hintergrund gerückt oder gar in Vergessenheit geraten. Mehr und mehr fühlten sie sich von der Politik der Eltern nicht mehr getragen. In seiner Regierungserklärung problematisiert Kühn vor allem das der Nachkriegsgeneration fehlende Erfahrungsgedächtnis für das Leben in einem totalitären Staat. Als wacher Beobachter seiner Zeit erkennt Kühn, dass in den Nachkriegsjahren zwar faktische Aufklärung betrieben, aber versäumt worden war, das demokratische Lebensgefühl zu verinnerlichen.

1967: „Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen“

Für die Bündelung der Energien und eine stärkere Bindung der Jugend an den Staat holt Kühn die Staatsbürgerliche Bildungsstelle Anfang 1967 zurück in seinen Geschäftsbereich und fasst diese mit dem Landesjugendplan und der Sportförderung im neuen „Landesamt für Politische Bildung, Jugend und Sport“ zusammen. Nach nur sieben Monaten stellt man jedoch fest, dass der Verwaltungsaufwand durch das Nebeneinander der drei Bereiche zu hoch ist und das Amt nicht die Bedeutung entfalten kann, die man bei seiner Einrichtung beabsichtigte. Die politische

Bildung gehört von da an wieder zum Geschäftsbereich der Staatskanzlei und trägt seit dem 1. Oktober 1967 die bis heute unveränderte Bezeichnung „Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen“.

Seit 1955 waren ausländische Arbeitskräfte von der Bundesregierung angeworben worden, jedoch hatte man sich nicht um deren gesellschaftliche Integration gekümmert. Nordrhein-Westfalen wird hier zum Vorreiter. Bereits 1967 richtet das Land ein eigenes Referat in der Landeszentrale als Kontaktstelle für Ausländer ein, das ein Jahr später zur offiziellen Informations- und Beratungsstelle wird. Zur Förderung der Integration ausländischer Arbeitnehmer erhält die Landeszentrale ein Zuschussvolumen von 100.000 DM. Zwar wird die beratende Komponente nach kurzer Zeit an das Arbeitsministerium abgegeben, jedoch engagiert sich die Landeszentrale auch weiterhin dafür, ausländischen Arbeitnehmern bei der Integration zu helfen und Vorbehalte der einheimischen Bevölkerung abzubauen. Auch innerhalb der Referate hat man die Versäumnisse der letzten Jahre erkannt. Arbeitsrecht, Versicherungsschutz, Gesundheitsversorgung, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder Finanzen sind Themen, zu denen bei den „Gastarbeitern“ kaum Vorwissen vorhanden ist. Das Medienreferat reagiert bereits 1965 mit einer Reihe kurzer, fremdsprachiger Filme für die praktische Bewältigung des Alltags in Deutschland. Der erste Film „Es geht um das Geld“ behandelt lebenspraktische Fragen zu Lohnsteuerrecht, Sparen und Giroverkehr.

Im Dienst der Demokratie

Die politische Bildung im Kreuzfeuer

Die allmählich beginnenden wirtschaftlichen Probleme wecken eine allgemeine Unzufriedenheit in der deutschen Gesellschaft, wodurch alte Ressentiments gegen die ausländischen Arbeitnehmer, die inzwischen Mitbürger geworden sind, einen willkommenen Nährboden für rechte Kräfte bieten. Dieses Zusammenspiel aus allgemeiner Unzufriedenheit über die wirtschaftlichen Probleme und der Suche nach einem Sündenbock soll der 1964 in Hannover gegründeten „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) einen raschen Einzug sowohl in den Bundestag als auch die Länderparlamente ermöglichen. Nicht wenige erkennen darin alarmierende Parallelen zum Aufstieg der NSDAP während der Weltwirtschaftskrise und die folgende wirtschaftliche Rezession ab Ende der 1920er Jahre, die schließlich den Weg in die Diktatur bereiten sollte. Die Landeszentrale reagiert auf das NPD-Problem mit der Bekämpfung von Rechtsradikalismus als neuem Schwerpunktthema ab 1967 vor allem in der Bildungs- und Publikationsarbeit. In diesem Zuge werden zum Beispiel 35.000 Informationsbroschüren gedruckt, Referenten geschult und die Förderung und Zusammenarbeit mit den freien Trägern der politischen Bildung ausgebaut. Auch wird die Zusammenarbeit mit den anderen Landeszentralen für politische Bildung gestärkt, indem gemeinsame Fachkonferenzen über inhaltliche, methodische und didaktische Probleme sowie zur Frage der gesellschaftlichen Positionierung staatlicher politischer Bildung abgehalten werden. Die dadurch entstandene föderative Freundschaft zwischen den Landeszentralen der Bundesländer hält bis heute an.

Im Spannungsfeld wirtschaftlicher und politischer Krisen

Auch auf Bundesebene führt die nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzende Rezession zu erheblichen politischen und wirtschaftlichen Problemen, welche die Regierungskoalition zerbrechen lassen. Die seit 1966 regierende Große Koalition von CDU und SPD unter Kurt Georg Kiesinger weckt nicht nur bei den Protestwählern der NPD Misstrauen, sondern auch in eher linken, intellektuellen Kreisen. Das gesellschaftliche Klima Ende der 1960er Jahre ist angespannt. Immer mehr droht die wirtschaftliche

und politische Krise die deutsche Gesellschaft zu spalten und zu einer zunehmenden Radikalisierung von links und rechts zu führen. Eine zentrale Initiative geht dabei auch von der jungen Nachkriegsgeneration aus, die sich insbesondere an den Hochschulen formiert. Ausgehend von der Forderung nach einer grundlegenden Reform des verkrusteten Hochschulwesens schwappt die Kritik rasch auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Zeit über. Zu der ohnehin neu ins Bewusstsein gerückten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der eigenen Eltern seit dem ersten Auschwitz-Prozess 1963 kommt das Entsetzen über die Ereignisse im Vietnam-Krieg und die fundamentale Kritik am Modell der westlichen Demokratie unter amerikanischer Führung hinzu.

Kritische Bestandsaufnahme und neue Schwerpunkte

Wie schon Ende der 1950er Jahre kommt bald der Vorwurf auf, die politische Bildung hätte versagt oder sei gar Schuld an der gesellschaftlichen Radikalisierung. Zu langsam habe sie auf den Wandel reagiert, zu sehr hätte sie reine Faktenvermittlung betrieben, ein utopisches Bild von Demokratie gezeichnet und dabei die Lebenswirklichkeit der Menschen sowie die Vergangenheitsbewältigung verpasst. Immer noch wird die politische Bildung als Krisenmanager und Brandlöscher verstanden. In der Folge richten die Fraktionen im Bundestag zwei Anfragen zum Stand der politischen Bildung im Lande an die Regierung. Die neuen Rahmenbedingungen der politischen Bildung fordern unter anderem eine weniger verklärte Darstellung von Demokratie und Politik hin zu einem realistischen Verständnis von Interessen- und Machtkonflikten. Der Dialog mit Linken und Rechten soll durch politische Bildung verbessert werden. Ihr kommt in diesem Zuge zunehmende Bedeutung zu, wodurch sie nicht nur qualitativen, sondern auch quantitativen Veränderungen ausgesetzt ist.

Die Landeszentrale für politische Bildung kann sich in dieser Zeit erheblich vergrößern und verfügt über neue finanzielle Möglichkeiten. Auf die neuen Rahmenbedingungen politischer Bildung wird hier vor

allem in den Schriften mit einem Schwerpunkt auf politik- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzungen reagiert. Bereits im Krisenjahr 1968 hatte die Landeszentrale zur Außerparlamentarischen Opposition Publikationen herausgebracht, darunter einen Leitfaden über die bis dato faktisch nicht existierende Demonstrationskultur in Deutschland. Mit ihren stets ausgewogenen Betrachtungen brisanter Themen am Nerv der Zeit bietet die Landeszentrale ein breites Publikationsangebot, das unter Multiplikatoren hochgeschätzt wird und mit verlässlichen Informationen Orientierung im Wertepluralismus gibt. Bereits 1970, also fünf Jahre vor seinem formalen Ende, befinden sich erste Publikationen zum Vietnamkrieg im Schriftenverzeichnis der Landeszentrale. Das neue Interesse an der eigenen Umwelt, die durch Zerstörung gefährdet wird, schlägt sich ebenso im Publikationsverzeichnis mit Schriften zum Ölschock, zu Sonntagsfahrverboten und dem Baubeginn eines Kernkraftwerkes im niederrheinischen Kalkar („Schneller Brüter“) nieder.

Seit 1971 befassen sich die Publikationen erstmals auch verstärkt mit dem Stand der politischen Bildung selbst. Zu diesem Zeitpunkt ist die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen mit ihren sieben Referaten, einem Etat von 7,7 Millionen DM und einem Personalstamm von 37 Personen die größte Landeszentrale im Bundesgebiet. Insbesondere das Publikationsreferat unter Eugen Stamm mit seinen rund 300 jährlichen Publikationen und seinem vielfältigen Angebot besitzt Vorbildcharakter und übertrifft alle anderen Landeszentralen wie auch die Bundeszentrale.

„Kein anderes Land fördert die politische Bildungsarbeit auch in einigermaßen vergleichbarem Rahmen. Kein anderes Land hat ein so breites Angebot an Publikationsmaterial, sowohl von der Qualität als auch von der Anzahl her. Kein anderes Land unterhält eine Filmarbeit in diesem Umfang; die nordrhein-westfälische Landeszentrale ist in Westeuropa ohne Beispiel.“

Gutachten/Studie eines unabhängigen Wirtschaftsberatungsunternehmens zum Stand der nordrhein-westfälischen Landeszentrale, 1975

Ende 1971 kommt es zu einer Vertrauenskrise zwischen Nachtwey und Ministerpräsident Kühn. Gegen den Rat von Publikationsreferent Stamm hatte Nachtwey die Publikation „Ausbildung statt Ausbeutung“ angekauft. Zufällig gelangt ein Ansichtsexemplar in den Landtag und damit in die Hände desjenigen SPD-Abgeordneten, der selbst als Ausbilder darin angeprangert wird. Empört darüber wendet er sich an Kühn, der Nachtwey daraufhin per Kabinettsbeschluss einen kontrollierenden Gewährsmann zur Seite stellt. Willi Kreiterling (SPD) ist fortan Nachtweys Stellvertreter. Intern kommt es in diesem Zuge zu einer strukturellen Neugliederung. Die als Sondergruppe in der Staatskanzlei geführte Landeszentrale wird in zwei Untergruppen unterteilt: „Wissenschaftliche Grundlagen der politischen Bildungsarbeit, Schulen und Hochschulen, Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der Abteilung“ (Nachtwey) und „Freie Bildungsträger, Publikationen, Ausstellungen, Audiovisuelle Arbeitsmittel“ (Kreiterling). Noch bis zum Ausscheiden Nachtweys 1975 sollte diese Zweiteilung Bestand haben.

Im Dienst der Demokratie

Wandel und bildungspolitischer Elan



Wandel und bildungspolitischer Elan Mitte der 1970er Jahre

1974 ist Hermann-Josef Nachtwey gesundheitlich stark angeschlagen und erfüllt nur noch formal das Amt als Leiter der Landeszentrale. Die eigentliche Führung übernimmt sein Stellvertreter Willi Kreiterling.

In seinem Positionspapier vor dem parlamentarischen Ausschuss betont er vor allem die gesellschaftspolitischen Aspekte der politischen Bildungsarbeit. Entsprechend dem neuen Credo „weg von der abstrakten Demokratielehre“ soll es oberstes Ziel sein, die Bürger im politischen Entscheidungsprozess handlungsfähig zu machen und zur politischen Mitarbeit zu motivieren. In Anlehnung an die allgemeinen Zielvorgaben durch Bundesinnenminister Ernst Benda nach der ersten und zweiten Bundestagsdebatte zur politischen Bildung soll den Bürgern dazu verholfen werden, Ungleichheiten in der Gesellschaft zu erkennen und das Konflikthafte im politischen Geschehen zu verstehen. Im Zuge dessen erweitert Kreiterling das Publikationsangebot der Landeszentrale um kritische Beiträge – auch zum parlamentarischen System (z.B. die Auseinandersetzung mit Programmen radikaler Parteien).

Das „Erste Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen“ (1974)

Ende der Sechziger Jahre verschärfen sich mit der Stahlkrise die strukturellen Probleme im Ruhrgebiet. Inzwischen hat man festgestellt, dass der Wandel der Arbeitswelt vom verarbeitenden Gewerbe hin zum Dienstleistungssektor zahlreiche Maßnahmen zur Umschulung, Weiter- und Fortbildung breiter Bevölkerungskreise verlangen wird.

Mit dem „Entwicklungsprogramm Ruhr 1968-1973“ legt die nordrhein-westfälische Landesregierung auch den Ausbau des Bildungssektors fest. Auf die seit ihrer Gründung 1962 als erste Universität des Ruhrgebiets bestehende Ruhr-Universität Bochum folgen bald die Universitäten bzw. Gesamthochschulen Dortmund, Bielefeld, Siegen, Düsseldorf, Wuppertal, Paderborn, Duisburg und Essen und weitere Fachhochschulen. Bildung – in welcher Art auch immer – wird inzwischen als unverzichtbare und zukunftsweisende Ressource einer modernen Gesellschaft betrachtet.

Bereits 1950 hatte es Ansätze gegeben, die im Artikel 17 der Landesverfassung garantierte Förderung der Erwachsenenbildung gesetzlich zu regeln. Auch der Staat wird hier ausdrücklich als Träger definiert:

„Die Erwachsenenbildung ist zu fördern. Als Träger von Einrichtungen der Erwachsenenbildung werden neben Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden auch andere Träger, wie die Kirchen und freien Vereinigungen, anerkannt.“

Artikel 17 der Landesverfassung NRW

Erstes Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung in NRW

Mit dem 1974 verabschiedeten und am 1. Januar 1975 in Kraft tretenden „Ersten Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen“ sollen gleiche Bildungschancen für alle und die Überwindung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land ermöglicht werden. In diesem Zuge erweitert sich das Verständnis von Erwachsenenbildung, da neben die traditionelle allgemeine Erwachsenenbildung die berufliche Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung tritt. Der wichtigste Gewinn ist die nun gesetzlich geregelte staatliche Finanzierungsverpflichtung zur Förderung der Weiterbildung, deren Umfang jetzt nicht mehr von Ermessensentscheidungen des Landes abhängig ist.

Verteilt werden die Gelder auf sieben gleichrangige Sachbereiche, an deren vierter Stelle die politische Bildung ihren festen Platz hat. Per Gesetzesdefinition zählen dazu Einrichtungen, die Angebote politischer Information bereitstellen oder Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, um Bürger zum Mitwirken am öffentlichen Leben zu befähigen. Hier nimmt die Landeszentrale für politische Bildung fortan eine herausragende Rolle ein, da sie den Status als offizielle Anerkennungsbehörde erhält und damit zur zentralen Vergabestelle für staatliche Fördermittel avanciert. 1977 verteilt die Landeszentrale an 29 freie Einrichtungen der politischen Bildung 17 Millionen DM,

Im Dienst der Demokratie

Wandel und bildungspolitischer Elan

1980 sind es schon 40 Einrichtungen mit 29 Millionen DM Fördervolumen. Zusätzlich stehen ihr Ermessensmittel für laufende Zwecke politischer Bildungsarbeit und den Bau sowie die Entwicklung neuer Institutionen zur Verfügung, wodurch die Landeszentrale sehr individuell unterstützen kann.

Förderung freier Träger und Ausbau der Bildungslandschaft

Schon vor der Verabschiedung des Ersten Weiterbildungsgesetzes war die Förderung freier Träger und damit der Ausbau der politischen Bildungslandschaft unter Nachtwey ein wesentlicher Auftrag der Landeszentrale gewesen. 1973 hatte sie zu diesem Zwecke 4,7 Millionen DM zur Verfügung und damit mehr als die Bundeszentrale für politische Bildung für das gesamte Bundesgebiet. Das Weiterbildungsgesetz gibt nun die rechtliche Grundlage und Zusicherung für die staatliche Förderung. Willi Kreiterling, der Werner Weber als kommissarischen Leiter nach Nachtweys Ausscheiden inzwischen abgelöst hat und neuer Leiter der Landeszentrale ist, legt großen Wert auf die Unterstützung der freien Träger – nicht zuletzt, da er entschiedener Vertreter des Subsidiaritätsgedankens ist, der fortan ein noch stärkeres Grundprinzip der Arbeit der Landeszentrale werden soll.

Der Beutelsbacher Konsens (1976)

Auch in bildungspolitischer Hinsicht hatten sich infolge der 1968er-Bewegung tiefe Gräben zwischen den verschiedenen politischen Lagern aufgetan. Die einen verstehen Bildung als emanzipatorischen Akt, der ein ständiges Infragestellen der gegenwärtigen Ordnung fordert und dabei auch nicht davor zurückschreckt, den Finger in die politischen Wunden der Zeit zu legen.

„Der Weg ist weit weg von einer politischen Bildung, die sich als Harmonielehre verstand und deren Ziel der edle Staatsbürger war. Jetzt geht es darum, daß es deutlich wird, welch Streitbares Geschäft politische Bildung werden muß, wenn sie Politik wahrnimmt und ernst nimmt. Jetzt geht es darum, deutlich zu machen, daß politische Bildung alle Lebensbereiche des Individuellen und Gesellschaftlichen umgreift.“

Johannes Rau zum geänderten Verständnis von Demokratie und Politik nach 1968

Die Gegenseite hingegen vertritt ein affirmatives Verständnis von Bildung, das sich mit der Verteidigung des bisher Erreichten zufriedengibt und die Demokratisierung als gelungen betrachtet. Die Folge ist eine Debatte über die Grundwerte politischer Bildung.

Auf Initiative des Leiters der baden-württembergischen Landeszentrale, Sigfried Schiele, soll diese Frage auf einer bundesweiten Tagung 1976 in Beutelsbach diskutiert werden. Die dort später als „Beutelsbacher Konsens“ verhandelten Leitlinien gelten noch heute als maßgeblich für die politische Bildung in Deutschland. Bei diesen Standards handelt es sich nicht um Vorgaben inhaltlicher, sondern

methodischer Art. Als kleinster gemeinsamer Nenner können sich die Anwesenden auf drei Grundprinzipien festlegen:

1. **Überwältigungsverbot**
2. **Kontroversitätsgebot**
3. **Schülerorientierung**

Politischer Bildung nach „Beutelsbacher Prinzipien“ geht es nicht um sterile Neutralität, sondern um politische Ausgewogenheit und Multiperspektivität im Sinne des Kontroversitätsgebots. Menschenwürde, Grundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind hingegen auch nach Beutelsbach nicht verhandelbar. Die Aufgabe der politischen Bildung muss es sein, zu erklären, warum diese Grundwerte unantastbar sind. Auch die Landeszentrale realisiert diese Grundsätze in ihrem Schaffen.

Noch unter Nachtweys Leitung hatte es erneut Überlegungen zur Umressortierung der Landeszentrale gegeben. Fritz Halstenberg, Chef der Staatskanzlei und damit administrativer Schirmherr der Landeszentrale, schlug vor, sich von dieser zu trennen, um Ministerpräsident Kühn zu entlasten, damit sich dieser wieder mehr um europäische und internationale Angelegenheiten kümmern konnte. Nachtwey fürchtete die Beschädigung des Rufs und der Glaubwürdigkeit der Landeszentrale. Diese sei in einem

Im Dienst der Demokratie

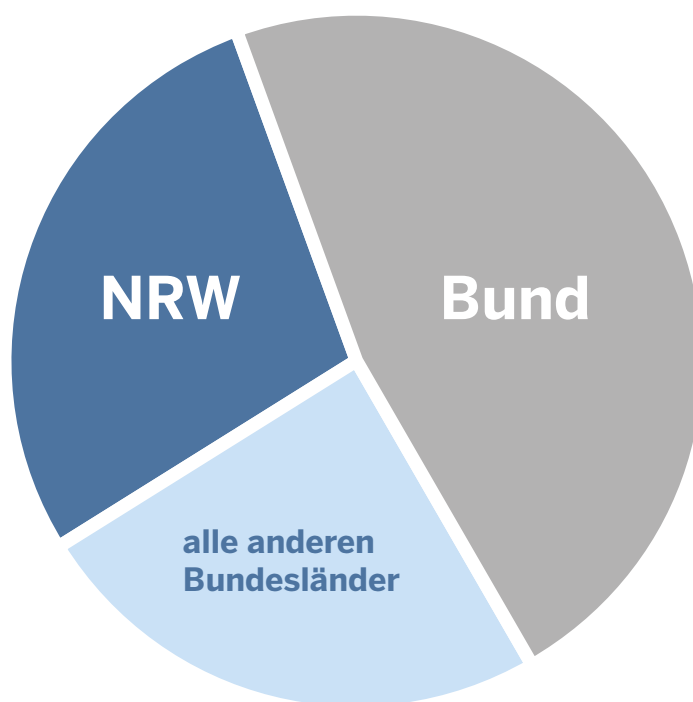
Wandel und bildungspolitischer Elan | Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen

Fachministerium falsch untergebracht, schließlich handele es sich bei ihr um eine echte „Zentrale“, die ressortübergreifend mit sieben Landesministerien, 60 freien Trägern und über 60.000 in der Bildungsarbeit Tätigen zusammenarbeitet. Auch in den anderen Bundesländern hat man sich die Ansiedlung der Landeszentrale bei der Staatskanzlei zum Vorbild gemacht. Selbst der Sozialdemokrat Kreiterling kann Ministerpräsident Kühn nicht umstimmen – ab Juni 1975 gehört die Landeszentrale zur Abteilung II „Sozialangelegenheiten der Studenten, Außeruniversitäre Forschungsförderung, Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ des Wissenschaftsministeriums.

Mit der Ausgliederung der Landeszentrale aus dem Verantwortungsbereich des Ministerpräsidenten und der Integrierung in das Wissenschaftsministerium wird Johannes Rau neuer politischer Chef.

Rau selbst hatte schon immer großes Interesse an politischer Bildung und speziell an der Landeszentrale. In der Auseinandersetzung mit seiner neuen Funktion formuliert Rau daher Leitlinien für die staatliche politische Bildung. Die Arbeit der Landeszentrale müsse unparteiisch und überparteilich sein. Sie müsse die Politik erklären und den Bürger in die Lage versetzen, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen. Demnach müsse sie zwar „wissenschaftlich begründet sein, aber praxisbezogen geleitet werden“. Eine ihrer Hauptaufgaben sei die Festigung und Vertiefung des demokratischen Konsenses. Auch Kreiterlings Schwerpunktlegung auf die Förderung der freien Träger bestätigt der neue politische Chef der Landeszentrale. In dieser Zeit lässt sich das Land Nordrhein-Westfalen Erwachsenen(weiter-)bildung mehr kosten als jemals zuvor.

Ausgaben für politische Bildung im Vergleich



Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen ab den 1980er Jahren

Nach über 30 Jahren ist die Demokratie für die meisten Deutschen Selbstverständlichkeit geworden. Allgemein ist das gesellschaftliche Klima geprägt von Desinteresse und Verdrossenheit gegenüber der Politik. Auch der teure Bildungselan der letzten Jahre verflüchtigt sich Anfang der 1980er Jahre.

Zwar zeugt die Entstehung zahlreicher sozialer Bewegungen und Bürgerinitiativen für Frieden, Ökologie, Frauenrechte und gegen die Atomenergie seit Ende der 1970er Jahre von einer wachsenden staats- und parteiunabhängigen Politisierung, Angebote der politischen Bildung werden hingegen – vor allem bei der jungen Bevölkerung – immer weniger genutzt.

Um den Status der Landeszentrale zu verbessern, schlägt Reimut Jochimsen, neuer Wissenschaftsminister seit Raus Wahl zum Ministerpräsidenten, 1978 vor, das „Ministerium für Wissenschaft und Forschung“ in „Ministerium für Wissenschaft, Forschung und politische Bildung“ umzubenennen, um den Stellenwert der politischen Bildung auch im Namen deutlich anzuzeigen. Ohnehin sollte später noch Kritik an der Unterstellung der Landeszentrale unter dem Wissenschaftsministerium lautwerden, da sie als Unterabteilung eines Ministeriums ihren Anspruch als echte Zentrale nicht gerecht werde. Der wahre Grund für die abnehmende Resonanz der Landeszentrale sind jedoch weder ihre ministeriale Zuordnung noch die Bezeichnung derselben, sondern die massiven Haushaltskürzungen ab 1980.

Am 30. September 1981 verstirbt Willi Kreiterling nach fünf Jahren großem Engagement in seinem Amt als Leiter der Landeszentrale. Zunächst übernimmt Filmreferent Eduard Bungter intern die laufenden Aufgaben als Leiter. Hans Schwier, neuer Wissenschaftsminister im zweiten Kabinett Rau, ernennt nach kurzer Zeit seinen persönlichen Referenten Christian Thieme zum neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Zwar muss Thieme bereits nach nur zehn Monaten Amtszeit gehen – in

der kurzen Zeit hat er sich jedoch rasch in die neuen Aufgaben eingearbeitet und sich den zeitaktuellen Herausforderungen wie der wachsenden Ausländerfeindlichkeit oder der Anti-USA-Bewegung gewidmet. Neben einer Reise nach Israel mit einigen Landtagsabgeordneten hat Thieme außerdem eine Biographie über den ehemaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold und den vorletzten Reichskanzler der Weimarer Republik, Franz von Papen, angeregt.

Abnehmende Bedeutung im schrumpfenden Haushalt

Seit Anfang der 1980er Jahre hat das Land Nordrhein-Westfalen schwerwiegende Finanzprobleme, die nicht ohne Weiteres an der Weiterbildung und politischen Bildung vorbeigehen sollen. Die stagnierenden oder sogar rückläufigen Fördermittel sorgen für ein angespanntes Verhältnis zwischen der öffentlichen Hand und den freien Trägern politischer Bildung. 1982 spitzt sich die Lage zu, da sich der Landtag gezwungen sieht, die öffentlichen Mittel für die Weiterbildung vorübergehend einzufrieren. Auch der Haushalt der Landeszentrale sowie die Ermessensmittel sind von den Kürzungen direkt betroffen. Von 1981 bis 1984 sind die Zuschussmittel um fast ein Drittel gekürzt worden, obwohl die zu fördernden Einrichtungen mittlerweile auf 60 angestiegen sind. Die Eigenmittel der Landeszentrale werden dabei massiv eingeschränkt.

Günter Wichert, zuvor Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Weiterbildung und von Johannes Rau hochgeschätzt,

Im Dienst der Demokratie Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen



übernimmt die Leitung der Landeszentrale 1982, also zu einem Zeitpunkt, als die üppigen Jahre der politischen Bildung zunächst vergangen sind. Ausschussmitglied und Parteigenosse Friedhelm Farthmann (SPD) stellt fest, dass es bei der politischen Bildung keine Bestandssicherung, sondern einen Rückgang gebe. Auch in den Reihen der Opposition werden die massiven Mittelkürzungen für bedenklich angesehen. Die Folge ist ein Teufelskreis: Je weniger Mittel die Landeszentrale zur Verfügung hat, desto kleiner wird ihr Aktionsradius und damit die Wirksamkeit der politischen Bildung, weswegen sie wiederum zu wenige Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Die Landeszentrale befindet sich zu dieser Zeit an der Grenze des Leistbaren, was ihre finanzielle und personelle Ausstattung angeht.

Nichtsdestotrotz versuchen die Referate ihr Bestes, um die Qualität der Arbeit der Landeszentrale aufrecht zu erhalten und durch Innovationen relevant zu bleiben. Günter Wichert ist auch so visionär, Mitte der 1990er Jahre eine Intranet gestützte Fachanwendung in der Landeszentrale zu etablieren, die nach vielen Modernisierungen bis heute Bestand hat. Dort sind Fachmodule wie Publikationen, Veranstaltungen und Audiovisuelle Medien neben Zentralmodulen wie Adress- und Aktenverwaltung integriert, die ein modernes anwendungsbezogenes und autonomes Arbeiten der Landeszentrale ermöglichen.

Auch in diesem Punkt zeigt sich die Reaktionsfähigkeit der Landeszentrale auf geänderte Rahmenbedingungen. Als allmählich Computer in die Büros Einzug halten, soll an der Landeszentrale modellhaft

ausprobiert werden, ob und wie eine elektronische Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung umzusetzen ist. Dabei wird schnell klar, dass die ausgebildeten Schreibkräfte in dieser Form keine Zukunft haben würden. Der Leiter des Personalreferats der Staatskanzlei, Heinz Höffken, reagiert auf den sich abzeichnenden Wandel und beginnt sofort mit Umschulungen. Dank dieses Umstands muss niemand in der Landeszentrale entlassen werden, da die Schreibkräfte schon bald zu Assistenzkräften umgeschult sind. In Zeiten finanzieller Knappheit ist dies ein großer Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Das in langer und enger Zusammenarbeit mit einer externen EDV-Firma von Grund auf entwickelte Datenverarbeitungsprogramm der Landeszentrale soll neue Maßstäbe beim Erreichen der Zielgruppen setzen. Die Idee: Aufschlüsselung der Abnehmerschaft und zielgruppenspezifische Ansprache. Umgesetzt wird diese Idee zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht, da sie an den vehementen Einsprüchen von Datenschützern scheitert. Nichtsdestotrotz wird an diesem Beispiel deutlich, dass die Landeszentrale mit ihrem Innovationsgeist der allgemeinen Entwicklung oftmals einen Schritt voraus ist.

Ein weiterer Vorstoß ist die Idee, den Filmverleih der Landeszentrale zu dezentralisieren und die Verteilung der Filme an Stadt- und Kreisbildstellen zu übertragen. Damit soll nicht nur der eigene Verteiler entlastet werden, es profitieren auch die jeweiligen Bildstellen durch die Kooperation mit der über die Grenzen des Bundeslandes bekannten Filmstelle der Landeszentrale. Das Modellprojekt „Video in öffentlichen Bibliotheken“ erfreut sich sehr großer Nachfrage, woraufhin zahlreiche Bibliotheken die Videokassetten der Landeszentrale in ihrem Angebot führen. Dadurch stehen die Medien nicht mehr nur für dezidierte Multiplikatoren der politischen Bildung, sondern für alle Interessierten zur Verfügung.

Die technische Entwicklung führt zu weiteren Änderungen der Rahmenbedingungen in der Medienarbeit. Das Aufkommen von Privatsendern und die große Verbreitung von Videorecordern bindet Aufmerksamkeitsressourcen und ermöglicht auch Privatanwendern, auf einfachem Wege Kopien von Videofilmen anzufertigen. Die Idee, das Filmangebot

des Medienreferats landesweit in nächtlichen Sendelücken im Fernsehen auszustrahlen und damit Interessierten einen Mitschnitt zu ermöglichen – und damit dann das überkommene und aufwändige Verleihwesen zu ersetzen – kann aber nicht realisiert werden. Die Landeszentrale wirkt jedoch beim Dortmunder Kabelprojekt mit, in dessen Rahmen Bürgerbeiträge in den Fernseh- und Hörprogrammen regionaler Sender ausgestrahlt werden sollen. In Kooperation mit der Stadt Dortmund werden Videoarbeitsplätze, Kameras, Recorder und weiteres Aufnahmezubehör bereitgestellt. Im Juni 1985 nimmt dann der „Offene Kanal“ als „Bürgerfernsehen für jeden Mann und jede Frau“ seinen Sendebetrieb auf. Die Bemühungen, das Medienreferat in der Bilderflut der Fernsehprogramme und Videoangebote konkurrenzfähig zu halten, werden durch Etatkürzungen nicht gerade erleichtert.

Staatliche Unterstützung bei größtmöglichem Handlungsspielraum

Ein Lichtblick bezüglich der Sparmaßnahmen kommt auf, als sich die Landeszentrale aus der ministerialen Unterordnung lösen kann und erneut in den Dienstbereich des Ministerpräsidenten rückt. In der Lobby der freien Träger der politischen Bildung geht man davon aus, dass die Landeszentrale im Haushalt der Staatskanzlei am ehesten vor Etatkürzungen geschützt sei. Seit ihrer Gründung 1946 hatte es keinerlei schriftlich fixierte, regierungsamtliche Zielvorgaben für die Landeszentrale gegeben. Lange hatte man die Ansicht vertreten, politische Bildungsarbeit dürfe nicht in ein Korsett aus Vorschriften gefasst sein, um ihre flexible Reaktionsfähigkeit auf gesellschaftlichen und zeitlichen Wandel nicht zu gefährden. Auf der anderen Seite entbehrt die Landeszentrale damit jeglicher Rechtsgrundlage, welche ihre Ressortierung, ihre Unabhängigkeit und ihren Charakter als Zentrale der politischen Bildung dokumentiert. Auf Forderung des Leiters erlässt Ministerpräsident Rau 1986 einen ersten Organisationserlass, der die staatliche Unterstützung im Bereich politischer Bildung festhält, dabei jedoch der Landeszentrale größtmöglichen Handlungsspielraum für ihre Aufgaben lässt.

Im Dienst der Demokratie

Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen

1.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist seit dem 5. Juni 1985 dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Sie untersteht dem Chef der Staatskanzlei unmittelbar.

2.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen hat die Aufgabe, im Lande Nordrhein-Westfalen die politische Bildung und die politische Kultur insbesondere in den Bereichen von Schulen, außerschulischer Jugendbildung, politischer Weiterbildung und Hochschulen mit dem Ziel zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu unterstützen. Sie soll ferner das Interesse und das Engagement für deutsch-deutsche, europäische und internationale Probleme und deren friedliche Lösung stärken. Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist ferner zuständig für die Förderung der politischen Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz in der Fassung vom 7. Mai 1982.

3.

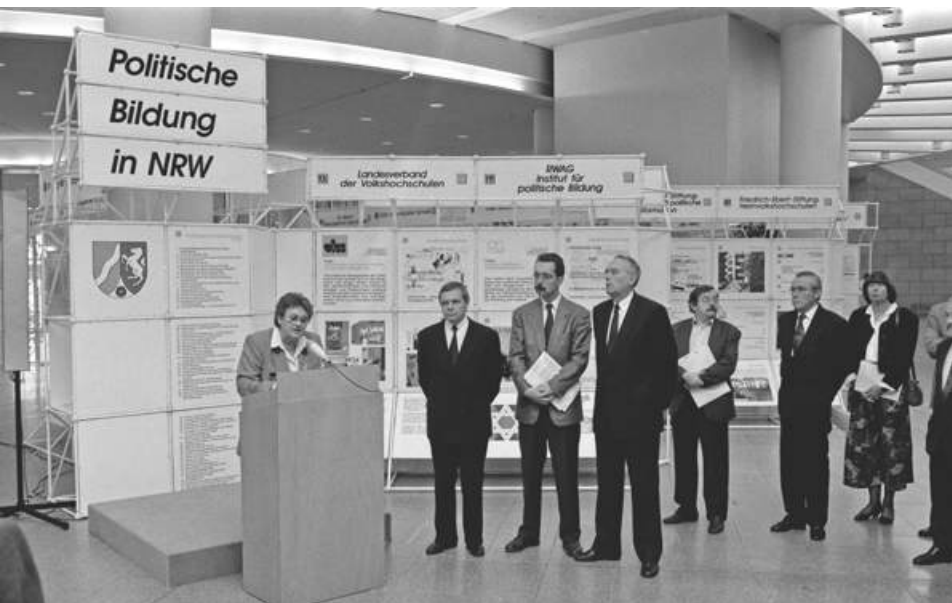
Der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen handelt im Rahmen der Weisungen des Ministerpräsidenten und des Chefs der Staatskanzlei selbständig.

4.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen führt im Schriftverkehr die Bezeichnung:

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen
– Landeszentrale für politische Bildung –

(Organisationserlass LZNW, MBL-NW, 1986, S. 1673)



Eröffnung der Ausstellung „Politische Bildung in NRW“ durch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 07.11.1990. Im Bild neben Rednerin Friebe zu sehen: stehend v.l. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, Abgeordneter Hartmut Schauerte und Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose

Zum zentralen Kommunikationsmedium der Landeszentrale dieser Zeit baut Günter Wichert die Säule der Tagungen, Seminare und Vortragsreihen für haupt- und nebenamtliche Mittler der politischen Bildung aus. Ein besonderes Talent zeigt Leiter Wichert darin, gesellschaftspolitisch relevante Themen aufzuspüren und diesen durch Veranstaltungen eine öffentlichkeitswirksame Plattform zu bieten. Das Themenspektrum reicht dabei von kommunalen oder regionalen bis hin zu den großen nationalen und übernationalen Themen.

Große Themenvielfalt, begrenzter Aktionsradius

Ein Schwerpunkt der Veranstaltungen liegt auf der Stärkung der internationalen Beziehungen – zum Beispiel zu Israel –, die einen Austausch und eine gegenseitige Annäherung zu Deutschland befördern sollen. Des Weiteren schreckt die Landeszentrale auch nicht davor zurück, in den großen Veranstaltungen avantgardistische Themen wie den „Kommunitarismus“ und dessen Anwendbarkeit im deutschen Kontext zu diskutieren. Ein Schwerpunkt der Landeszentrale, deren Veranstaltungen alle anderen in ihrer Menge übertreffen, stellt die neue europäische Bildungsarbeit dar, welche insbesondere vor den Europawahlen zu zahlreichen Tagungsaktivitäten führt.

Auch das Thema „Frieden und Entwicklung“ liegt Wichert besonders am Herzen. Seit 1983 verleiht die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen den von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DFGK) übernommenen Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher, nachdem die DFGK aufgelöst wurde. Die Landeszentrale organisiert und begleitet den Preis, mit dem jährlich bis heute literarische, künstlerische oder sachgerichtete Bücher ausgezeichnet werden, die sich besonders für Menschenrechte, gewaltfreie Konfliktlösungen und ein friedliches Miteinander einsetzen. Ein bis dato weitestgehend unterrepräsentiertes Thema ist die explizite Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen. Nicht nur nähert sich die Landeszentrale in ihren Publikationen und Medien frauenpolitischen Themen, sondern unterstützt auch die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Und auch intern setzt Wichert eine aktive Gleichstellungspolitik um: Barbara Duncke wird unter ihm die erste Referatsleiterin in der Geschichte der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

So groß die Themen der Landeszentrale sind: Zu wenig ist man sich bewusst, dass ihr Aktionsradius begrenzt ist, zu sehr beschränkt sich ihr verwissenschaftlichtes Angebot auf Multiplikatoren politischer Bildung, zu wenig Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird betrieben. Durch den in den letzten Jahren

Im Dienst der Demokratie

Akzeptanzkrise und Mittelkürzungen | Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung

immer stärker gewordenen kulturellen Sektor und die steigende Anzahl verschiedenster Freizeitangebote entsteht scheinbar Konkurrenz zu den Angeboten politischer Bildung. Auch die Massenmedien gewinnen an Popularität und gestalten immer mehr die Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen. Ihnen wird zugetraut, dass sie den Informationsbedarf der Menschen hinreichend decken und damit die herkömmliche, staatliche politische Bildung überflüssig machen würden. Insbesondere das Fernsehen, so eine der Thesen, übernehme mittlerweile große Teile der politischen Bildung und Information.

Sinnkrise der politischen Bildung

In der Folge fordern die Fraktionen im Bundestag eine Stellungnahme zur Lage der politischen Bildung in Deutschland. In dieser zweiten Grundsatzdebatte um politische Bildung geht es, anders als noch 1967/68, diesmal nicht darum, welchen Beitrag die politische Bildung zur Lösung der gesellschaftlichen Krise leisten kann, sondern inwiefern diese den Fortbestand ihrer eigenen Förderung zu legitimieren vermag. Ehe ein Bericht vorgelegt wird, rückt die Auseinandersetzung um die politische Bildung durch die Ereignisse der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 in den Hintergrund. Die Überwindung der deutschen Teilung und der Fall des Eisernen Vorhangs erzeugen bei vielen den naiven Eindruck, dass die Geschichtsschreibung und der Demokratisierungsprozess durch das Ende der Systemauseinandersetzungen und den Anschluss an das westliche Wertesystem nun abgeschlossen seien. Im trügerischen Empfinden, mit dem Ende des Kalten Krieges sei der weltweite Siegeszug der liberalen Demokratie unaufhaltsam („Ende der Geschichte“), wird politischer Bildung nur noch eine nachgeordnete Bedeutung zugemessen.

Zwar bestätigt der Bericht der Bundesregierung zum Stand der politischen Bildung von 1991 die Vorgaben von 1968 und erkennt die neuen Aufgaben durch das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, praktische Auswirkungen hat er allerdings keine. Ohnehin gilt politische Bildung, ähnlich wie in den späten 1940er Jahren, inzwischen als Luxus, den man sich in Anbetracht der neuen finanziellen Herausforderung durch den „Aufbau Ost“ nicht leisten kann. Die politische Bildung befindet sich in einer ernsthaften Akzeptanz- und Existenzkrise. Bereits 1982, also noch wenige Jahre zuvor, hatte der damalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Siegfried Schiele, eine perspektivische Selbstabschaffung bzw. Überflüssigmachung der Landeszentrale vorausgesagt, da die demokratische Haltung irgendwann so sehr in Fleisch und Blut übergegangen sein werde, dass „PR-Arbeit für die Demokratie“ von staatlicher Seite nicht mehr vonnöten sei – ähnlich einer Besatzungsmacht, die sich nach erfolgreichem Neuaufbau wieder zurückzieht. Ist mit 1990 dieser Punkt für die staatliche politische Bildung und damit das Ende der Landeszentrale erreicht? Fragen wie „Ist die Erziehung zur Demokratie noch zeitgemäß?“ (Kurt Fischer) oder „Wozu brauchen wir überhaupt noch politische Bildung?“ (Franklin Schultheiß) stehen exemplarisch für die Sinnkrise der politischen Bildung.

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung 1990

So groß die Euphorie über die Wiedervereinigung und Europäisierung in der Anfangszeit ist, so rasch holt die Menschen die Realität der neuen Herausforderungen jedoch wieder ein. Der Verlust von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit, der Neuaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der Anschluss an westliche Normen sowie die zahlreichen Stasi-Altlasten und die Gegensätze der „Ossi-Wessi“-Mentalität stellen die vereinte Bundesrepublik vor große Probleme.

Der Frust entlädt sich über eine gestiegene Gewaltbereitschaft und eine seit einigen Jahren latente Fremdenfeindlichkeit, die nun in eine bundesweite Welle von aggressivem Rassismus über geht, der sich vor allem gegen Asylbewerber richtet. Allein von 1990 auf 1991 steigt die Zahl der rechtsextremistisch gesinnten Gewalttaten von 300 auf fast 1.500 an. Spätestens der Brandanschlag im nordrhein-westfälischen Solingen 1993 führt schmerzlich vor Augen, dass rassistische Gewalt kein ostdeutsches Phänomen und politische Bildung weiterhin notwendig ist und sich neuen Herausforderungen gegenüber sieht.

Mit erhöhten Mitteln gegen den Rechtsextremismus

Unter den gewaltbereiten Tätern sind vor allem Jugendliche. Schnell wird klar, dass gerade diese Altersgruppe im Fokus politischer Bildung stehen muss. In Nordrhein-Westfalen wird darüber diskutiert, welchen Beitrag die politische Bildung angesichts des zunehmenden Rechtsextremismus leisten kann. Im Hauptausschuss des Landtags unterstreicht SPD-Sprecher Jürgen Büssow, unterstützt von GRÜNEN-Sprecherin Bärbel Höhn, die Wichtigkeit einer funktionierenden außerschulischen politischen Bildungsarbeit auch in angespannten Haushaltslagen. Er plädiert für eine Erhöhung der Mittel der Landeszentrale um eine Million DM für das Haushaltsjahr 1993. Der Landeszentrale wird damit auch förmlich die Aufgabe der aktiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit übertragen, die schon seit 1987 als Schwerpunkt im Arbeitsprogramm der Landeszentrale besteht.



Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kümmert sich die Landeszentrale auch um die Belange der Spätaussiedler.

Im Dienst der Demokratie

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung



Ein bekanntes Beispiel für die landesweiten Gedenkstätten: Villa ten Hempel in Münster.

Seit 1990 sind zur Umsetzung und Stärkung der Präventionsarbeit vor allem die potenziellen Multiplikatoren der politischen Bildung in den neuen Bundesländern in den Fokus der Landeszentrale gerückt, denen das Informationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen zugänglich gemacht und die zur aktiven pädagogischen Umsetzung angeregt werden sollen. Vor allem mit dem Partnerland Brandenburg und der dortigen neu entstehenden Landeszentrale für politische Bildung entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit, die nach gelungenem Aufbau zahlreiche gemeinsame Projekte hervorbringt wie den koproduzierten Vierteiler „jung & böse“, worin die Motive jugendlicher Gewalttäter mit rechtsextremistischem Hintergrund aufgeschlüsselt werden und der 1996 unter anderem im Westdeutschen Rundfunk ausgestrahlt wird. Darüber hinaus arbeitet die Landeszentrale eng mit dem „Landesforum zur Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen bei Jugendlichen in Nord-

rhein-Westfalen“ zusammen. Ein weiteres Beispiel für die Kooperation der beiden Landeszentralen sind die Bemühungen zur Verbesserung des Verhältnisses zum Nachbarland Polen, das seit 1990 eben nicht mehr nur eine gemeinsame Grenze mit der ehemaligen DDR, sondern mit der nun vereinigten gesamten Bundesrepublik hat. Damit polnische Lehrkräfte eine Vorstellung von dem Land haben, dessen Sprache sie in ihrer Heimat unterrichten, wird die Vereinbarung getroffen, sie nach Nordrhein-Westfalen einzuladen und ihnen auf einem Zwischenstopp Land und Leute in Brandenburg zu zeigen. Für den 1000. Teilnehmer richtet Bundespräsident Johannes Rau, der das Programm seit jeher unterstützt, sogar einen eigenen Empfang auf Schloss Bellevue aus.

In den 1990er Jahren kommt der politische Wunsch auf, die Gedenkstättenlandschaft über die Landeszentrale nicht nur ideell, sondern auch haushaltsrechtlich finanziell zu fördern. In der Folge werden



Die alte Synagoge in Essen.



zahlreiche Projekte der Erinnerungskultur angestoßen und mit Trägern wie dem Arbeitskreis der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen oder der Alten Synagoge in Essen kooperiert. 1994 entsteht mit den Mitteln der Landeszentrale so zum Beispiel die Ausstellung „Juden in der Bundesrepublik Deutschland“ und 1995 gibt die Landeszentrale ein Handbuch über die NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen heraus mit dem Titel „Den Opfern gewidmet – Auf Zukunft gerichtet“. Mittlerweile ist die Gedenkstättenförderung fest etabliert und in einem eigenen Referat für Gedenkstättenförderung und Erinnerungskultur untergebracht.

Die Landeszentrale hat inzwischen auch die geänderten technologischen Rahmenbedingungen erkannt, die Digitalisierung und Internet mit sich bringen. Die Welt vernetzt sich, lokale Räume verbinden sich zu einer globalen Öffentlichkeit.

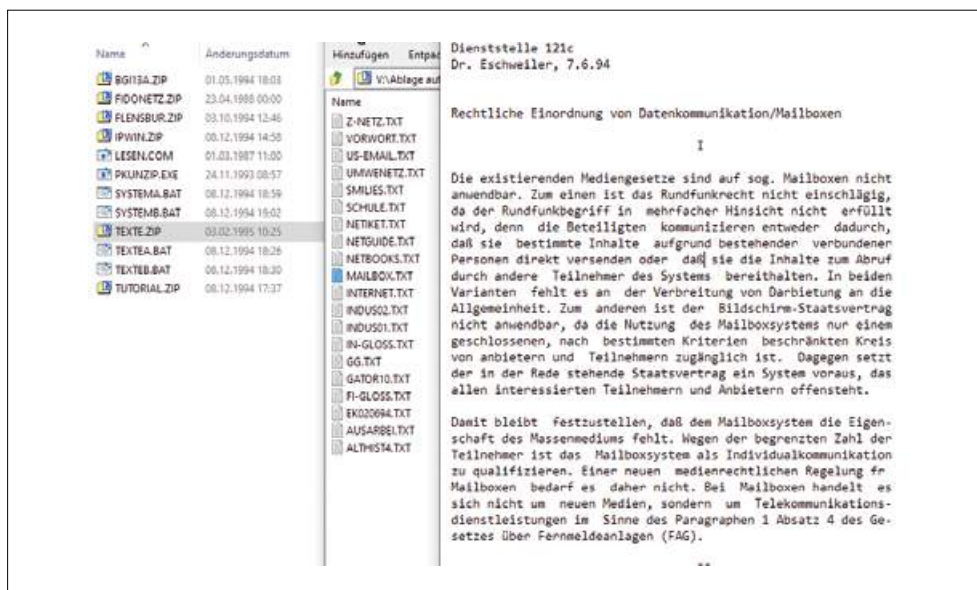
Vor allem das Medienreferat unter Bungters Nachfolgerin, der Filmemacherin Ulrike Filgers, nimmt sich der geänderten Vorzeichen mit viel Kreativität an.

Ein Meilenstein bei der Auseinandersetzung mit Vernetzung und Digitalisierung ist etwa die erste „Mailbox-Tagung“ 1995, bei der nicht nur Themen wie Rechtstextremismus in Mailbox-Netzen diskutiert werden, sondern den Teilnehmenden auch erstmals ein materialreicher „Elektronischer Tagungsreader“ auf Diskette zur Verfügung gestellt wird. Auch der Medienkatalog der Landeszentrale erlebt sein Debüt im Disketten-Format, später ist er natürlich auch im Internet zu finden. Die erste Website der Landeszentrale geht 1997 unter der Adresse www.lzpb.nrw.de ins Netz.



Im Dienst der Demokratie

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung

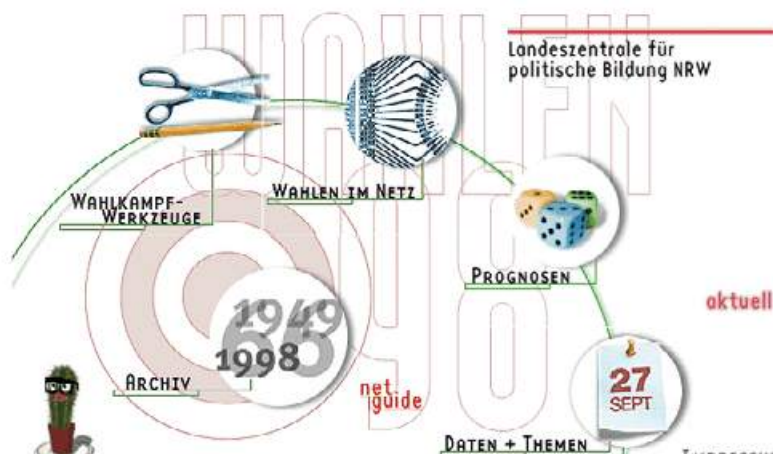


Einblick in die Dateien und einen Text im „Elektronischen Tagungsreader“ der Mailbox-Tagung 1995.

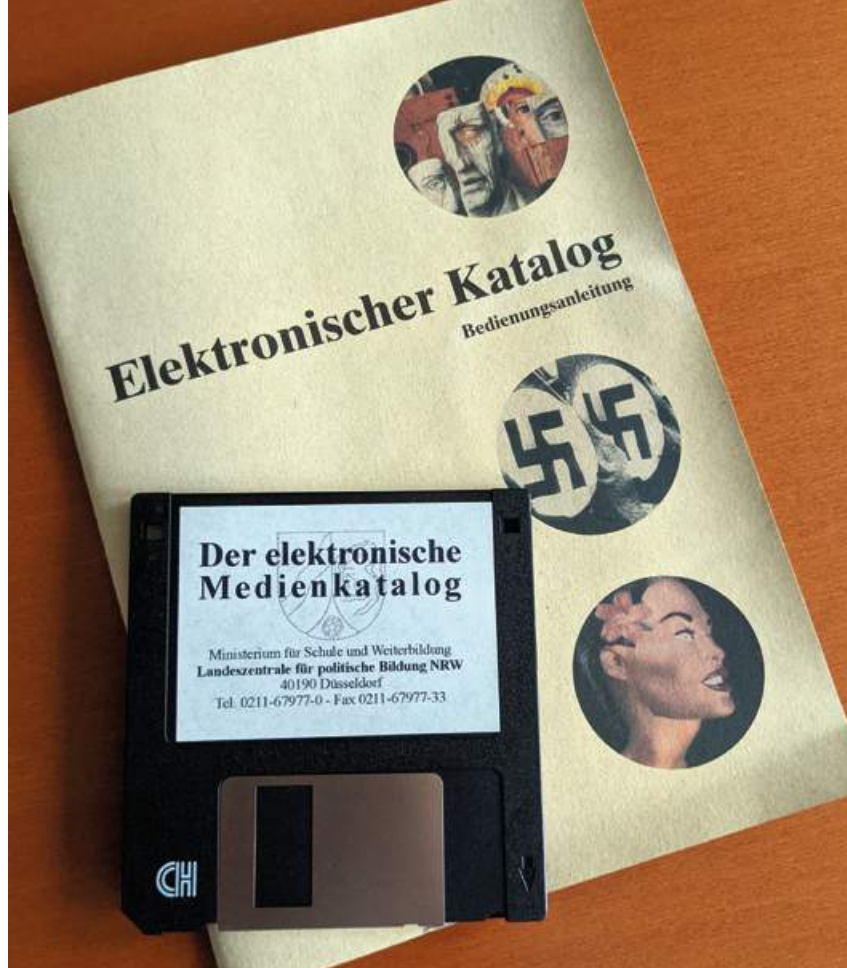
Ein erstes themenspezifisches Internet-Angebot des Medienreferats ist www.wahlen-98.de, eine Website, die im Superwahljahr 1998 ausführlich über vier Landtagswahlen und die Bundestagswahl informiert – mit Daten und Fakten, vor allem aber mit Hintergründen, Analysen und einer historischen Timeline mit Wahlplakaten aus Ost und West. Klar wird, dass sich die Landeszentrale auch im Internet bewusst nicht in einen Konkurrenzkampf mit tagesaktuellen Medien begibt, sondern auf Kontexte und Einordnungen im Sinne der politischen Bildung setzt.

Neue Möglichkeiten der digitalen politischen Bildung

Noch intensiver gibt sich ein Jahr später das Angebot www.16plus.de auf die Suche nach neuen Möglichkeiten der digitalen politischen Bildung: Das Angebot zu den Kommunalwahlen 1999 richtet sich gezielt an junge Wähler, die erstmals schon mit 16 in NRW mit von der Partie sind.



Der Startscreen von www.wahlen-98.de



Der elektronische Medienkatalog auf Diskette.

Das Angebot enthält animierte Grafiken, Online-Spiele wie das Jump-'n'Run „Voteboy“ (in Anlehnung an den populären Gameboy), Stories rund um viele Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, sowie Online-Musik und Audio-Interviews. Nicht vergessen werden darüber Basis-Infos zu den Wahlen, die wie in vielen weiteren fruchtbaren Kooperationen in enger Abstimmung mit dem Publikationsreferat erstellt werden. Das Angebot erhält sogar auf europäischer Ebene Aufmerksamkeit; es bekommt von der Europäischen Kommission das „eGovernment Good Practice-Label“ verliehen und wird 2001 auf einer eGovernment-Konferenz der Kommission in Brüssel als eines von 17 ausgewählten Angeboten aus der EU und den USA präsentiert und international diskutiert.

ZeitRäume – die Nachkriegsgeschichte NRWs auf CD-ROM

Die für damalige Verhältnisse großen Datenmengen, die auf CD-ROMs abgelegt werden können, führen in den 90er Jahren zum Aufkommen von komplex auf-

bereiteten, inhaltlich anspruchsvollen Multimedia-Produktionen. Das Medienreferat identifiziert die Landesgeschichte als geeignetes Thema für ein solches Medium und entwickelt die CD-ROM „ZeitRäume“ zur Nachkriegsgeschichte NRWs 1946-1949: einzelne anschauliche Gegenstände in den virtuellen Räumen des Multimedia-Angebots führen zu Geschichten rund um eine Nachkriegsfamilie, die wiederum mit ausführlichen Hintergrundtexten vernetzt sind. Um sie untereinander zu verlinken werden in der Produktionsphase die vielen Texte nebeneinander im großen Filmvorführsaal in der Neanderstraße 6 ausgebreitet, denn nur der bietet genügend Tischfläche für die notwendige Übersicht, um alle wichtigen Bezüge zuverlässig herstellen zu können. Die CD-ROM erscheint im Jahr 1999 – bleibt aber die einzige ihrer Art; denn die trägergebundene CD-ROM-Multimedia-Technologie verschwindet nach einigen Jahren Blütezeit wieder vom Markt. Für vernetzte Angebote setzen sich Online-Formate im Internet mittel- und langfristig durch.

Im Dienst der Demokratie Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung



Die CD-ROM ZeitRäume 1946-1949.



Die Qual
der Wahl



BASIS

AKTIV

LINK

PLUS

SUCHE

KONTAKT



Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 sucht das Medienreferat erneut nach Wegen, Landespolitik im Sinne der politischen Bildung netzaffin aufzubereiten. Entwickelt wird die „Geschichtsmaschine“ chronovac.de für Nordrhein-Westfalen: Absicht des Angebots ist es, Politik nicht als Momentaufnahme, sondern als Abfolge von Ereignissen, Entwicklungen und Entscheidungen zu präsentieren, die letztendlich zu den Problemlagen führen, die bei einer Landtagswahl dann im Wettbewerb der Parteien zur Entscheidung anstehen. Deshalb konzentriert sich die „Geschichtsmaschine“ auf die Themen, in der ein Bundesland wie NRW seine gesetzgeberischen und politischen Kompetenzen hat, z. B. in den Bereichen Bildung und Kultur. Die Entwicklungslinien in diesen Bereichen werden mit kurzen, mediengerecht für das Netz verfassten Texten anhand von Schlaglichtern der Geschichte NRWs verdeutlicht. Das Angebot erregt erneut europäisches Aufsehen, wird im gleichen Jahr noch für den „Europrix Multimedia Art“ nominiert. 2003 bekommt es dann auch eine Auszeichnung, das Comenius-Siegel für „herausragende didaktische Bildungsmedien“ der Gesellschaft für Pädagogik und Information – das Angebot trägt zu diesem Zeitpunkt schon seinen endgültigen, eingängigeren Namen www.geschichte.nrw.de.

Read the story!



Play the game!

Der Startscreen von www.16plus.de



Ein Mauspad als Werbematerial für die „Geschichtsmaschine“ der Landeszentrale.

Dass die Landeszentrale die Potenziale der digitalen Vernetzung nicht nur in Form von Multimedia- und Internet-Angeboten wahrnimmt, zeigt ein weiteres Pilotprojekt des Medienreferats aus den 90er Jahren: Es bittet 1996 die Verleiher von Bildungsmedien in NRW an einen Tisch. Ziel ist es, trotz vieler Unterschiede etwa bei der Verschlagwortung und Beschreibung von Medien einen NRW-weiten, plattformübergreifenden Medienkatalog im Internet zu entwickeln und anzubieten – der in den NRW-Bildungsservers learn:line integriert werden soll. Im Februar 1998 geht der „MediaNet“ genannte Katalog online.

Neuverortung in unruhigen Zeiten

Der Stand der politischen Bildung scheint inzwischen rehabilitiert zu sein. Leiter Günter Wichert resümiert 1997: „Die Nachfrage nach politischer Bildung ist ungebrochen.“ Dass dem so ist, zeigen die Erhebungen zu Veranstaltungen der Einrichtungen politischer Bildung, die durch die Landeszentrale finanziell bezuschusst und deren Durchführung gefördert werden. Allein von 1997 bis 1999 werden jedes Jahr über 10.000 Veranstaltungen mit jeweils über 200.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. 90 Prozent aller Veranstaltungen finden dabei auf dem Gebiet Nordrhein-Westfalens statt, der Rest im übrigen Bundesgebiet und im Ausland.

Im Dienst der Demokratie

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung

Themenschwerpunkte (Hauptthemen) der Veranstaltung

Themenbereich	Anzahl	%
Arbeit / Wirtschaft	2.977	27,8
Soziale Fragen / Sozialpolitik	1.013	9,5
Bildung / Weiterbildung / Politische Bildung	980	9,1
Europa	727	6,8
Jugend / Jugendpolitik	586	5,5
sonstiger Themenbereich	450	4,2
Internationale Politik	443	4,1
Frauen / Geschlechterbeziehungen / Familie	429	4,0
Politisches System / Politische Kultur	428	4,0
Umwelt / Technik / Wissenschaft	419	3,9
Landeskunde NRW	351	3,3
Medien / Medienpädagogik	314	2,9
Deutsche Geschichte	302	2,8
Migration / Minderheiten	269	2,5
Länderkunde	245	2,3
Extremismus / Gewalt / Org. Kriminalität	222	2,1
Politische Theorie	194	1,8
Landeskunde anderer Bundesländer	156	1,5
Sicherheit / Frieden	88	0,8
Dt.-jüdische Bez. / Dt.-israelische Bez.	65	0,6
Keine Angaben	57	0,5
Insgesamt	10.715	100,0

Themenbereiche der Veranstaltung (bis zu maximal fünf möglichen Nennungen)

Themenbereich	Anzahl	%
Arbeit / Wirtschaft	3.873	23,1
Soziale Fragen / Sozialpolitik	1.683	10,1
Bildung / Weiterbildung / Politische Bildung	1.595	9,5
Europa	996	6,0
Politisches System / Politische Kultur	978	5,8
Jugend / Jugendpolitik	954	5,7
sonstiger Themenbereich	725	4,3
Internationale Politik	671	4,0
Umwelt / Technik / Wissenschaft	658	3,9
Frauen / Geschlechterbeziehungen / Familie	657	3,9
Politische Theorie	541	3,2
Deutsche Geschichte	519	3,1
Landeskunde NRW	507	3,0
Medien / Medienpädagogik	482	2,9
Länderkunde	460	2,7
Extremismus / Gewalt / Org. Kriminalität	435	2,6
Migration / Minderheiten	428	2,6
Landeskunde anderer Bundesländer	228	1,4
Sicherheit / Frieden	220	1,3
Dt.-jüdische Bez. / Dt.-israelische Bez.	123	0,7
Insgesamt	16.733	100,0

In Zusammenarbeit mit den Leitern der anderen Landeszentralen und der Bundeszentrale entsteht das „Münchener Manifest“ vom 26. Mai 1997 mit dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung“, das die Wichtigkeit politischer Bildung für die Zukunftsbewältigung unterstreichen soll.

Münchener Manifest vom 26. Mai 1997 (Auszug / Hauptaussagen)

Demokratie braucht politische Bildung

Zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung (ZpB)

1.

Politische Bildung im öffentlichen Auftrag arbeitet pluralistisch, überparteilich und unabhängig.

2.

Die Zentralen für politische Bildung fördern die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

3.

Die Zentralen für politische Bildung bereiten auf die globalen Zukunftsaufgaben vor.

4.

Die Zentralen für politische Bildung arbeiten für die Stabilität der Demokratie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

5.

In den neuen Bundesländern hat die politische Bildung besondere Aufgaben.

6.

Die kritische Aufarbeitung der deutschen Geschichte ist eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung.

7.

Die politische Bildung verfügt über vielfältige Methoden und Arbeitsweisen.

Dass politische Bildung für alle Lebensbereiche essenziell ist, bestätigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage im Bundestag 1998: „Politische Bildung soll zusammen mit der allgemeinen, der kulturellen und beruflichen Bildung dazu beitragen, daß alle Menschen Verantwortung für ihr persönliches Leben und in der Gesellschaft, in Arbeit und Beruf, in Kultur und Politik, übernehmen können.“

Im Dienst der Demokratie

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung



Das Interregnum Schulten (2000-2004)

Im Jahr 1998 löst Wolfgang Clement (SPD) seinen Parteikollegen Johannes Rau im Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen ab. Nach dem Jahrtausendwechsel kommt es auch in der Landeszentrale, die seit 1995 zum Ministerium für Schule und Weiterbildung gehört, zu einem Führungswechsel. Neuer Leiter ist Hans Walter Schulten, zuvor langjähriger Leiter des Willi-Eichler-Bildungswerks und bereits Gruppenleiter in der Staatskanzlei.

Direkt zu Beginn seiner Amtszeit prasseln zahlreiche neue Belastungen auf die politische Bildung ein. 2000 bringt die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführte PISA-Studie das deutsche Bildungssystem ins Wanken. Das unterdurchschnittlich schlechte Abschneiden der deutschen Schüler schockt Politiker, Lehrer und Eltern gleichermaßen und führt dazu, dass schulische Bildung wieder mehr in das öffentliche Interesse rückt. Zahlreiche bildungspolitische Debatten sind die Folge.

Neuverortung in unruhigen Zeiten

2001 kommt es außerdem zu einer Zäsur, die die westliche Hemisphäre in ihren Grundfesten nachhaltig erschüttern soll: die islamistischen Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September. Die Europa-Euphorie des letzten Jahrzehnts ist damit endgültig vergangen. Zahlreiche innen- wie außenpolitische Debatten machen deutlich, dass in politische Bildung noch mehr Aufmerksamkeit investiert werden muss und Demokratie immer wieder neuen äußeren Gefahren ausgesetzt ist. Hans-Walter Schulten lässt in diesen unruhigen Zeiten Kontinuität und Stabilität in der Arbeit der Landeszentrale walten. Besonders schätzen seine Mitarbeiter an ihm, dass er bereit ist, Verantwortung zu delegieren, wenn er Vertrauen zu ihnen gefasst hat.

In Schultens Amtszeit fällt neben den gesellschaftspolitischen Umwälzungen auch ein Bruch, der die Landeszentrale unmittelbar betrifft und nachhaltig an ihrem Status als Zentrale kratzen soll. Seit 1968 residiert die Landeszentrale in einem eigenen Gebäudekomplex mitsamt ihrer Logistik an der Neanderstraße im Düsseldorfer Stadtteil Flingern.

Im Zuge der Idee der Bildung eines zentralen Regierungsviertels in Düsseldorf sollte die Landeszentrale näher an das Epizentrum nordrhein-westfälischer Landespolitik heranrücken. Nachdem die Staatskanzlei 1999 in das neu errichtete gläserne Stadttor gezogen war, hatte man ihren vorherigen Sitz, das Landeshaus am Horionplatz, grundsaniiert. Mit Einvernehmen Schultens wird die Landeszentrale 2000 dem Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie unter Harald Schartau (SPD) zugeschlagen. Mit ihrem Umzug verengt sich der Handlungsspielraum der Landeszentrale. Durch die nun auch räumlich realisierte Einbindung in die Ministerialbürokratie geht ein Stück ihrer Eigenständigkeit und ihres Status als „Zentrale“ verloren. An dieser ministerialen Einbindung soll sich auch in den Folgejahren bis heute nichts ändern: Noch 2002 wird sie in das neue Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übernommen, 2005 dann in das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, wo sie auch 2007 ihre Abteilungsunabhängigkeit verliert. Ab 2010 gehört sie zum Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport und seit 2017 bis heute zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Die zahlreichen Wechsel in der ministerialen Zuständigkeit werfen die Frage auf, wo die Landeszentrale denn nun eigentlich ihren Standort haben sollte – sowohl ideell als auch räumlich:

Mit Blick auf ihren Standort müsste die Landeszentrale repräsentativer und prominenter untergebracht sein. Wohin aber sollte die Landeszentrale administrativ gehören?

Die erste Leiterin und die neuen Herausforderungen der letzten Jahre

2004 kommt es zu einer weiteren Zäsur – nicht nur, da mit Maria Springenberg-Eich nun erstmals eine Frau an der Spitze der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen steht, sondern weil sie mit ihren frischen Ideen und ihrem Idealismus die Landeszentrale zu neuer Blüte bringen soll.

Maria Springenberg-Eich erkennt, dass die Außenwirkung der Landeszentrale in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist und es eines neuen Auftritts in der Öffentlichkeit bedarf. „demokratie leben“ lautet die Kampagne, die Springenberg-Eich im Jahr 2004 initiiert und die bis heute den Leitgedanken der Landeszentrale für politische Bildung ausmacht. Inzwischen ist der Leitsatz zu einer regelrechten Marke geworden, der auch im Bundesprogramm „demokratie leben“ zitiert wird. Ihr Verständnis von Demokratie ist mehr als nur die Beschreibung einer Staatsform, sondern der Ausdruck einer Haltung. Ins Zentrum dieser Haltung stellt sie die Würde des Menschen, die das Fundament unserer Grundrechte bildet.





2000er

demokratie leben

„Demokratie ist eine Haltung, die im Alltag beginnt. Wir alle können Demokratie täglich leben.“

Maria Springenberg-Eich 2016

Das junge Jahrtausend bringt erneut zahlreiche neue Belastungen und Herausforderungen mit sich. Der demografische Wandel, die Mediatisierung der Politik, der Wegfall sicherer Erwerbsbiografien, Krisen der Finanzmärkte und der Währungsunion, das sinkende Vertrauen in Parteien und Politik, das wachsende Wohlstandsgefälle sowie nicht zuletzt die fortschreitende Digitalisierung und Globalisierung stellen komplexe Anforderungen an die politische Bildung und damit an die Landeszentrale für politische Bildung, die die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in ihre Arbeit aufnehmen muss.

Im Dienst der Demokratie

Die erste Leiterin

Leben außer Kontrolle. Von Genfood und Designerbabys. Eine Dokumentation

NRW.

Digitalisierung – Herausforderung und Chance

„Politische Bildung muss immer auf der Höhe der Zeit sein.“

Maria Springenberg-Eich

Mit diesem Credo unterstreicht Springenberg-Eich den Anspruch der Landeszentrale, die seit jeher am unmittelbaren Nerv der Zeit agiert und sich in ihrer Ausrichtung an aktuellen relevanten Themen misst. Dies betrifft nicht nur die Inhalte der politischen Bildung, sondern auch ihre Präsentationsformen, die mit der technischen Fortentwicklung Schritt halten müssen.

An keinem anderen Medium zeigt sich die fortschreitende Entwicklung der Digitalisierung in dieser Zeit so deutlich wie am Film. Denn neben allen Internet-

und Multimedia-Angeboten, mit denen das Medienreferat bereits in den Jahren vor Springenberg-Eichs Amtsantritt die Möglichkeiten der Digitalisierung ausgetestet hatte, wird auch das klassische Filmgeschäft zunehmend digital. In den 2000ern beginnt der allmähliche Abschied von analogen VHS-Medien, zu groß sind die Vorteile der digitalen Video-Disc, der DVD: Sie bietet nicht nur eine deutlich bessere Bildqualität, sondern auch die Möglichkeit, eine Vielzahl von Inhalten menügesteuert auszuwählen und abzurufen. Zu erwähnen ist zum Beispiel die DVD „NRW. Das Land. Die Geschichte.“, auf der sich neben einem



Die DVD
„NRW. Das Land. Die Geschichte.“
mit ihrem Begleitheft.

15-minütigen Hauptfilm noch 39 weitere Clips mit insgesamt 95 Minuten an vertiefendem historischen Material befinden.

Per Online-Video ab 2007

Die Technik wird auch für die Bereitstellung von Film-Sammlungen genutzt, auf der bis zu 10 aktuelle wie bewährte Titel in kompakter Form versammelt werden können, zu Themen etwa wie „Rechtsextremismus“, „Islam“ und „Globalisierung“.

Ist Online-Video zu Beginn der 2000er durch die bis dahin verfügbaren geringen Datenraten von Modems und ISDN noch keine Option, ändert sich das Bild bald mit dem flächendeckenden Aufkommen der DSL-Technologie, die sowohl im privaten als auch im Bildungsbereich einen bezahlbaren Zugang zu Breitbandanschlüssen ermöglicht. Das Medienreferat geht 2007 mit einem eigenen YouTube-Kanal an den Start, um auch diese Technologie im Sinne der

politischen Bildung zu nutzen. Weitere Präsenzen auf Videoportalen wie sevenload.de, myvideo.de und vimeo.com folgen, und selbstverständlich werden die Inhalte auch beim neuen Dienst EDMOND eingebracht, dem neuen Filmserver der Landesmedienzentren des Rheinlands und Westfalens für die schulischen Bildungseinrichtungen. Außerdem wird – um sich nicht auf die Technologie und Plattformen Dritter verlassen zu müssen – ein eigener Filmserver in den hauseigenen Medienkatalog integriert.

Eine kluge Entscheidung, wie später etwa die kurzfristige Sperrung des YouTube-Kanals der Landeszentrale durch Google zeigt – wegen angeblicher Verbreitung rechtsextremistischer Inhalte. Dass die Algorithmen der Plattform hier aufklärerische Medien der politischen Bildung mit extremistischer Propaganda durcheinanderbringen, versteht aber auch die deutsche Google-Dependance sehr schnell – und schaltet den Kanal umgehend wieder frei.

Im Dienst der Demokratie

Die erste Leiterin



Prof. Dr. Andreas Kost,
Stellvertretender Leiter
der Landeszentrale für
politische Bildung NRW.

Werden zunächst vor allem kurze, mediengerechte Filme für das Online-Format produziert – etwa die Webvideo-Serien „Recht haben!“ zu Grundrechten oder „Moritz und die digitale Welt“ zu den Herausforderungen der Digitalisierung für die Gesellschaft – schaffen es später auch klassische Formate auf die Online-Präsenzen der Landeszentrale, neben aktuellen auch viele historische Dokumentationen. Damit wird auch der Übergang zur reinen Online-Distribution eingeläutet; das letzte Trägermedium, eine DVD, wird im Jahr 2011 produziert. Die Medien sind natürlich noch viele Jahre erhältlich, aber mit dem letzten Relaunch der Website der Landeszentrale Ende 2018/Anfang 2019 finden sich nur noch Online-Medien im Medienkatalog – der Wechsel ist damit komplett. Der passende Zeitpunkt, um kurz darauf das bis dahin noch unter „Multimedia“ firmierende Medienreferat zeitgemäß in „Digitale Medien“ umzubenennen.

Spezifische Ansprache für diverse Zielgruppen

Analoge Medien – und hier vor allem Publikationen – gehören zwar nach wie vor zur herausragenden Qualitätsmarke der Landeszentrale für politische Bildung und sind Primat ihrer Arbeit, jedoch hat das heutige Angebot an Hörbüchern, Graphic-Novels, Kinder- und Jugendbüchern sowie E-Books kaum noch etwas mit den „grauen Publikationen“ der Anfangsjahre gemein.

Der wissenschaftliche Anspruch ist dadurch keinesfalls verloren gegangen; inzwischen sind die Publikationen jedoch viel stärker auf ihre verschiedenen Zielgruppen ausgerichtet.

„Es wäre eine Illusion zu glauben, man könne alle Milieus und Schichten in gleicher Weise mit politischer Bildung erreichen. In Zukunft werden zielgruppenspezifische Angebote immer wichtiger werden. Als politische Bildnerinnen und Bildner müssen wir uns verstärkt interaktiven Netzwerken öffnen und neue Formen der Interaktivität etablieren.“

Andreas Kost,
stellvertretender Leiter der Landeszentrale, 2021

Unschwer ist zu erkennen, dass sich nicht nur die Multiplikatoren der politischen Bildung im Blick der Landeszentrale befinden, sondern vor allem auch junge Menschen wieder mehr in ihr Sichtfeld gerückt sind. Mit Projekten wie „14plus“ oder „Junge Menschen für Politik gewinnen“ strebt die Landeszentrale danach, das Interesse der jungen Generation für Demokratie und Politik wiederzubeleben sowie Wege zur Partizipation aufzuzeigen. Das Aufkommen der sozialen Medien markiert gänzlich neue Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Diskurse. Es gibt nicht mehr nur die eine Öffentlichkeit, in der sich Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gegenüberstehen und in ihrem Namen Interessen vertreten.

Das Medienreferat ist mit dabei: Im September 2009 wird die erste Nachricht auf dem Kurznachrichtendienst Twitter im Namen der Landeszentrale für politische Bildung NRW abgesetzt, ca. 6000 weitere werden in den nächsten Jahren folgen (Stand Oktober 2021).

Denn auch die Social-Media-Welt ist einem stetigen Wandel unterzogen. Die verfügbaren Kanäle werden deshalb immer wieder darauf überprüft, ob mit ihnen das Zielpublikum für die Zwecke der politischen Bildung optimal erreicht werden kann. Fungieren in den 2010ern die Dienste Facebook und Twitter zunächst vor allem als Aggregatoren für relevante Inhalte Dritter zu Themen der Politischen Bildung, wird die Social-Media-Kommunikation ab 2019 neu ausgerichtet: Der neu hinzutretende Instagram-Auftritt der Landeszentrale konzentriert sich auf die Präsentation der eigenen Inhalte und Angebote, über die jetzt auch mit der Community gezielt in Dialog getreten wird. Neue Formate wie Stories, interaktive Quizzes und Umfragen, Reels und Instagram-Lives werden erprobt – und honoriert, denn die Follower-Zahlen steigen stetig. Abgesehen von solchem Social-Media-Regelbetrieb sind auch Sonderformate zu erwähnen, etwa das zusammen mit Studierenden der HHU Düsseldorf realisierte Twistory-Angebot „NRWhistory“, das 2016 materialreich in 1228 Tweets die Landesgründung 1946 tagesscharf nacherzählt. Oder das Instagram-Angebot „post4europe“, welches zur Europawahl 2019 vor dem Start des regulären Instagram-Kanals der Landeszentrale dessen partizipative Möglichkeiten testet – indem es die Community auffordert zu posten, was sie an Europa mag.

Digitale Ergänzung des analogen Angebots

Auch die Medienproduktion folgt den Erfordernissen der neuen Kanäle: Formate wie kurze, animierte Erklärvideos werden in jüngster Zeit vornehmlich für die Auswertung auf Instagram konzipiert, funktionieren aber auch in anderen Kontexten. Vielleicht auch, weil das Medienreferat wenn möglich auf CC-Lizenzen bei Eigenproduktionen setzt: Diese erlauben die vielfältige Weitergabe und Verwendung der Medien, nicht nur in Bildungskontexten. Eine Politik der Öffnung von Inhalten, die den großen Potenzialen der Digitalisierung Rechnung trägt. Auch das einst „geschlossene“ Geschichtsangebot, das noch bis 2018 als klassische Website unter www.geschichte.nrw.de zu finden ist, erlebt in diesem Kontext seine Neugeburt als offene Bildungsressource, also als OER-Projekt, das die freie



und unkomplizierte Weiterverarbeitung der mittlerweile über 1000 Texte des Angebots erlaubt.

Ebenfalls unter CC-Lizenzen werden 2020 als neue Formate ein 10-teiliger Audio-Podcast zum Mauerfall und 2021 das Projekt „Mach Doch!“ veröffentlicht, letzteres eine ambitionierte Kombination aus Erklärungsfilmern, Straßeninterviews, internationalen Best-Practice-Beispielen und jeder Menge Informationen zum Thema „erfolgreiches persönliches Engagement“, um populistischen Tendenzen wie „Die da oben machen doch eh was sie wollen“ effektiv entgegenzutreten. Ebenfalls zu erwähnen sind anspruchsvolle, browserbasierte „Serious Games“ mit großer Spieltiefe, die etwa zu den Themen „Big Data“ und „Verschwörungsmymen“ entwickelt werden und die somit die Idee der ersten, bereits 1999 und 2000 im Rahmen der Websites 16plus und geschichte.nrw präsentierten Spiele fortführen.

Damit bietet die Landeszentrale ein attraktives digitales Angebot, das die analogen Strukturen wie das Publikationswesen, Beratungsangebote und Veranstaltungen wie Tagungen und Seminare um digitale politische Bildungsarbeit zukunftsweisend ergänzt.

Feierstunde

zu 70 Jahren politischer Bildung im Land Nordrhein-Westfalen

2016 feiert nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf seinen 70. Landesgeburtstag, sondern auch die Landeszentrale für politische Bildung in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen.

Mit ihrer Gründung 1946 ist sie die erste und älteste Einrichtung dieser Art in Deutschland. Zur Feierveranstaltung unter dem Motto „demokratie leben – zwischen Konflikt und Zusammenhalt“ kommen Abgeordnete, Vertreter des Landtagspräsidiums, der Landesregierung sowie Autoren und Wissenschaftler in der Bürgerhalle des nordrhein-westfälischen Landtags zusammen, um einen stolzen Blick zurück, aber vor allem einen zukunftsgerichteten Blick nach vorne darauf zu richten, wie aktuell relevante Themen und Herausforderungen der politischen Bildung in der Zukunft angegangen werden können.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD): „Wir brauchen überzeugte und überzeugende Demokratinnen und Demokraten – das gilt heute wie vor 70 Jahren. Denn ‚demokratie leben‘ heißt: politisches Engagement zeigen, sich einbringen, andere begeistern, mitnehmen, motivieren. Unsere Landeszentrale für politische Bildung fördert genau das: Mit ihren Veranstaltungen und Seminaren, Büchern und Publikationen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen und zur NRW-Geschichte steht sie für zeitgemäße Politikvermittlung auf Augenhöhe und ohne erhobenen Zeigefinger. Seit 70 Jahren dient sie damit allen Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens. Dafür danke ich mit großem Respekt und gratuliere allen, die daran mitwirken, ganz herzlich.“



Feierstunde im Landtag anlässlich des 70. Jubiläums der Landeszentrale für politische Bildung NRW:
v.l. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Familienministerin Christina Kampmann und
die Leiterin der Landeszentrale, Maria Springenberg-Eich.

„Politische Bildung ist unerlässlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Die Landeszentrale für politische Bildung leistet hier seit 70 Jahren einen vorbildlichen Beitrag.“

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD)

„Politische Bildung muss natürlich über die Strukturen des demokratischen Staats aufklären. Aber es geht nicht nur um Faktenwissen, es geht darum, die Menschenrechte auch im Alltag mit Leben zu füllen.“

Christina Kampmann (Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur- und Sport, SPD)

Rechtsextremismus, Terror und Populismus

Neben der Gefahr, die von fundamentalistischen Terroristen wie dem sogenannten Islamischen Staat ausgeht, rückt 2011 auch der Rechtsextremismus wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein.

Durch den Suizid zweier Angehöriger der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) werden die seit 1999 begangenen Morde und Mordversuche an Mitbürgern mit Migrationshintergrund und Angehörigen der Sicherheitsbehörden sowie diverse Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle in einen Zusammenhang gebracht. Der Rechtsextremismus zeigt sich in einer Dimension völlig neuen Ausmaßes.

Von politischer Seite wird die Arbeit der Landeszentrale mit hohen Beträgen unterstützt, auch um die Präventionsarbeit und die Opferberatung zu stärken. Das eigens zu diesem Zweck gegründete Referat „Prävention von politischem und religiösem Extremismus“ nimmt sich den großen Herausforderungen an. Darin untergebracht ist auch die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, die 2008 von der Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers eingerichtet wurde. Sie ist die zentrale Fachstelle in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen. Ihre Hauptaufgaben sind die Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in Nordrhein-Westfalen sowie die Förderung von Beratungsstellen und -angeboten. 2011 wird außerdem die Reihe „NRW-Forum: Zukunft Demokratie“ ins Leben gerufen, um eine zentrale Plattform für den Dialog zwischen Bürgern, Parteien, politischen Stiftungen, NGOs und Netzinitiativen zu ermöglichen.

Eine weniger offensichtliche, doch ebenfalls gefährliche Bedrohung der liberalen Demokratie stellt der wachsende Populismus dar. Er hat verschiedene Ursachen, die sowohl in den unmittelbaren Krisen der vorhergehenden Jahre als auch in einer grundlegenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Werden im Wandel bestimmte Interessen

(etwa von ökonomisch Schwachen und/oder kulturell marginalisierten Gruppen) zu lange überhört, artikulieren sie sich eruptiv in populistischen Bewegungen. Hierfür sind besonders diejenigen anfällig, die ohnehin unzufrieden sind. Dabei ist weniger die tatsächliche Lage entscheidend, sondern das Gefühl von Bedrohung: Bedrohung des Wohlstands, Bedrohung des Status, Bedrohung der Identität. Vermeintlich hilft dann die Flucht in eine nostalgisch imaginierte Vergangenheit und/oder die Selbstinszenierung als Widerstandskämpfer gegen eine moderne Zeit, deren Beeinflussung der eigenen Handlungsfähigkeit entzogen scheint und deren gewählten Repräsentanten man weder politisch noch persönlich Vertrauen schenkt. Rassistische, fundamentalistische und nationalistische Vorstellungen (und auch Parteien) gewinnen dadurch an Zustimmung.

Politische Bildung muss alle mitnehmen

Landespolitik und Landeszentrale wirken dem mit verschiedenen Maßnahmen entgegen. Ein Antrag der regierenden SPD unter dem Titel „demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“ fordert eine stärkere sozialräumliche Verankerung der politischen Bildungsarbeit sowie die Einrichtung eines Kuratoriums für die Landeszentrale, um die Überparteilichkeit nach außen zu legitimieren und dem Vertrauensverlust in staatliche Organe entgegenzuwirken. Demokratie vorzuleben sei nicht nur Aufgabe der Landeszentrale, sondern die von jedem. Vor allem bezüglich der Jugend müsse gehandelt werden, da diese die gesellschaftliche Zukunft darstelle. Dazu wird ein Fachbeirat mit verschiedenen Akteuren aus Bildung und Wissenschaft vorgeschlagen, um

demokratie leben

schulische und außerschulische Bildung noch stärker miteinander zu verknüpfen und bereits bei der jungen Generation ein Demokratieverständnis zu fördern.

„Gestern wie heute müssen wir dafür sorgen, dass jede Generation die Werte der Demokratie erkennt und schätzt, die demokratischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erkennt, praktisches demokratisches Handeln erlernt und, falls notwendig, Demokratie gegen deren Feinde verteidigt.“

Zitat aus Antrag

Die Europäische Flüchtlingskrise ab 2015/16 führt zu verstärktem Handlungsbedarf. Nicht nur die Populisten nutzen damit einhergehende Verunsicherungen und tatsächliche Schwierigkeiten für ihre Agenda, auch die rechtsextreme Gewalt nimmt weiter zu, wie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) im Jahr 2019, der brutale Anschlag auf die Synagoge und den Imbiss in Halle (Saale) sowie der Anschlag in Hanau 2020 zeigen. Die Anschläge zeugen von einer neuen Gewaltbereitschaft extremis-

tischer Gruppen, deren zentrales Ziel die Verbreitung von Angst und Schrecken ist.

Die Landeszentrale sieht Handlungsbedarf, nicht nur bei der Extremismusabwehr, sondern auch hinsichtlich der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft: Integration, allerdings nicht als Befehl, sondern über Vermittlung und Wertorientierung. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Demokratie für mich“, das Grund- und Menschenrechte in einer anschaulichen, didaktisch nachvollziehbaren Form vermitteln will. Das Mentoren- und Seminarprogramm startet zunächst mit einem Versuchsballon von einer Handvoll Schulen, mittlerweile nehmen über 80 Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen daran teil. Nachweislich stärkt es junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren.

Konsens zur Stärkung der wehrhaften Demokratie

2019, im Jahr der großen Jubiläen wie dem 100. Jahrestag der Weimarer Verfassung, dem 80. Jahrestag zum Kriegsbeginn des Zweiten Weltkriegs, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Mauerfall beschließen CDU, SPD, FDP und Grüne gemeinsam den Konsens,

Im Dienst der Demokratie

Die erste Leiterin

dass die politische Bildung gestärkt werden muss, damit Nordrhein-Westfalen eine wehrhafte Demokratie bleibt. Die Arbeit der Landeszentrale, die unter Maria Springenberg-Eich erkennbar ausgeweitet wurde, spielt dabei eine zentrale Schlüsselrolle. Der Landtag regt einen Bericht zur Demokratie und politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen an, der noch im Herbst 2021 dem Parlament vorgelegt wird.

Besondere Herausforderungen der Pandemiezeit

Am 1. Juni 2020 übernimmt der Historiker und Politikwissenschaftler Guido Hitze, zuvor Leiter der Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ beim Landtag und Wegbereiter des Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen, die Leitung der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Seine ersten Monate in der neuen Funktion sind von der außergewöhnlichen Situation der Corona-Pandemie geprägt. Neben der Einschränkung und Umstellung in der praktischen Arbeit – Präsenzveranstaltungen müssen etwa durch neue Videoformate ersetzt oder als hybride Veranstaltungen durchgeführt werden – bedeuten die massiven staatlichen Eingriffe in das Arbeits- und Alltagsleben der Menschen eine seit 1945 nie dagewesene Belastungsprobe

für Politik und Demokratie. Neben – aus Sicht der politischen Bildung durchaus wünschenswerten – Debatten über die Angemessenheit und Richtigkeit der Regierungspolitik in der Coronakrise, fördert die Situation eine neue Variante von Demokratieverachtung und Populismus zutage. Verschwörungsmythen, die eine lange Geschichte und Verbreitung haben, zuletzt aber eher verdeckt in Filterblasen und Online-Communities kursierten, treten u. a. in der „Querdenker“-Bewegung lautstark an die Öffentlichkeit.

Auch die politische Bildung steht damit vor einer völlig neuen Herausforderung. Zur Kontroversität und Multiperspektivität verpflichtet, steht sie vor der Frage, wie sie mit einer Bewegung umgehen kann, die die Wissenschaft als solche grundsätzlich anzweifelt. Wie kann eine vernünftige Kontroverse geführt werden, wenn die so wichtige gemeinsame Diskussionsgrundlage fehlt? Die Landeszentrale für politische Bildung hat inzwischen einen eigenen Themenschwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit Verschwörungsmythen gesetzt und befasst sich getreu ihrer Linie auch in diesen Zeiten mit aktuellen Fragestellungen, die die Menschen akut bewegen. Sie bietet damit Orientierung und verlässliche Informationen in ausgewogener Darstellung als Anker gegenüber Fake News, Desinformation und Verschwörungsgedanken.

1946

Ressort: Gründung der **Bildungsstelle Westfalen** auf Antrag des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Rudolf Amelunxen an den Zonenbeirat der britischen Besatzungszone

Weiterführung der Bildungsstelle als **Staatsbürgerliche Bildungsstelle in der Landeskanzlei** in Düsseldorf als eigenes Referat

NRW-Regierung: Ab August 1946:
Kabinett **Rudolf Amelunxen I** (parteilos)

Ab Dezember 1946:
Kabinett **Rudolf Amelunxen II** (parteilos)

**Zuständige/r
Minister/-in:** /

Leiter/-in: **Josef Hundt** (ehrenamtlich; persönlicher Assistent von Rudolf Amelunxen)

1954-1957

Ressort: Zweiter Gründungsakt der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle (1954)

Staatsbürgerliche Bildungsstelle liegt weiterhin im Geschäftsbereich der **Staatskanzlei**

NRW-Regierung: Ab Juli 1954:
Kabinett **Karl Arnold III** (CDU)

Ab Februar 1956:
Kabinett **Fritz Steinhoff** (SPD)

**Zuständige/r
Minister/-in:** /

Leiter/-in: **Maximilian von Gumpenberg**
1954-1956

Karl Matull (1957)

1940

1960

1950

1947-1953

Ressort: Einzug der staatsbürgerlichen Bildungsstelle in die **Staatskanzlei** als eigenständiges Referat

NRW-Regierung: Ab Juni 1947:
Kabinett **Karl Arnold I** (CDU)

Ab August 1950:
Kabinett **Karl Arnold II** (CDU)

**Zuständige/r
Minister/-in:** /

Leiter/-in: direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt

1958-1966

Ressort: Staatsbürgerliche Bildungsstelle als selbstständige Abteilung mit vier Referaten im Geschäftsbereich des **Innenministeriums**

NRW-Regierung: Ab Juli 1958:
Kabinett **Franz Meyers I** (CDU)

**Zuständige/r
Minister/-in:** **Josef Hermann Dufhues** (CDU)

NRW-Regierung: Ab Juli 1962:
Kabinett **Franz Meyers II** (CDU)

**Zuständige/r
Minister/-in:** **Willi Weyer** (FDP)

Leiter/-in: **Hermann Josef Nachtwey**

ronik

1967-1974

Ressort: Landesamt für politische Bildung, Jugend und Sport geht in den Geschäftsbereich der **Staatskanzlei** über

01.10.1967: Umbenennung in **Landeszentrale für politische Bildung**

NRW-Regierung: Ab Juli 1966: Kabinett **Franz Meyers III** (CDU)

Ab Dezember 1966: Kabinett **Heinz Kühn I** (SPD)

Ab Juli 1970: Kabinett **Heinz Kühn II** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: /

Leiter/-in: **Hermann Josef Nachtwey**

1984

Ressort: Umbenennung der Abteilung II in „studentische Angelegenheiten, Bibliothekswesen, politische Jugend- und Erwachsenenbildung“

NRW-Regierung: Ab Juni 1980: Kabinett **Johannes Rau II** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Rolf Krumsiek** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)

1980

1970

1975-1983

Ressort: Zugehörigkeit zum **Ministerium für Wissenschaft und Forschung** in der Abteilung II „Sozialangelegenheiten der Studenten, außeruniversitäre Forschungsförderung, Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“

NRW-Regierung: Ab Juni 1975: Kabinett **Heinz Kühn III** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Johannes Rau** (SPD)

Leiter/-in: **Werner Weber**, **Willi Kreiterling** (seit 1975)

NRW-Regierung: Ab September 1978: Kabinett **Johannes Rau I** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Reimut Jochimsen** (SPD)

Leiter/-in: **Willi Kreiterling** (seit 1975)

NRW-Regierung: Ab Juni 1980: Kabinett **Johannes Rau II** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Hans Schwier** (SPD), **Rolf Krumsiek** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Christian Thieme** (1982-1983), **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)

1995-1997

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung wird dem **Ministerium für Schule und Weiterbildung** zugeschlagen (Abteilung IV)

NRW-Regierung: Ab Juli 1995: Kabinett **Johannes Rau V** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Gabriele Behler** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)

1998-1999

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung** an (Gruppe 91)

NRW-Regierung: Ab Juni 1998: Kabinett **Wolfgang Clement I** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Gabriele Behler** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)

2000

1990

1985-1994

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung kommt erneut in den Geschäftsbereich der **Staatskanzlei**

NRW-Regierung: Ab Juni 1985: Kabinett **Johannes Rau III** (SPD)

Ab Juni 1990: Kabinett **Johannes Rau IV** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: /

Leiter/-in: **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)

2000-2001

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie** an

NRW-Regierung: Ab Juni 2000: Kabinett **Wolfgang Clement II** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Harald Schartau** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Günther Wichert** (seit 1982)
Dr. Hans Walter Schulten (seit 2000)

ronik

2002-2004

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Wirtschaft und Arbeit** an

NRW-Regierung: Ab November 2002: Kabinett **Peer Steinbrück** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Harald Schartau** (SPD)

Leiter/-in: **Dr. Hans Walter Schulten** (seit 2000)

2010-2016

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport** an

NRW-Regierung: Ab Juli 2010: Kabinett **Hannelore Kraft I** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Ute Schäfer** (SPD)

NRW-Regierung: Ab Juni 2012: Kabinett **Hannelore Kraft II** (SPD)

Zuständige/r Minister/-in: **Christina Kampmann** (SPD) (seit 2015)

Leiter/-in: **Maria Springenberg-Eich** (seit 2004)

2020

2010

2005-2009

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration** an

NRW-Regierung: Ab Juni 2005: Kabinett **Jürgen Rüttgers** (CDU)

Zuständige/r Minister/-in: **Armin Laschet** (CDU)

Leiter/-in: **Maria Springenberg-Eich** (seit 2004)

2017-2022

Ressort: Landeszentrale für politische Bildung gehört dem **Ministerium für Kultur und Wissenschaften** an

NRW-Regierung: Ab Juni 2017: Kabinett **Armin Laschet** (CDU)

Ab Oktober 2021: Kabinett **Hendrik Wüst** (CDU)

Zuständige/r Minister/-in: **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos)

Leiter/-in: **Maria Springenberg-Eich** (seit 2004)

Dr. Guido Hitze (seit 2020)

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW – „Was war, was ist und was sein muss“. Fachtagung – Festveranstaltung – Chronik

Die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der Landeszentrale für politische Bildung NRW sind durch einen Dreiklang geprägt: Den Auftakt bildet eine ganztägige Fachtagung von renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Bereich der politischen Bildung aus ganz Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober 2021 in Münster.

Drei Tage später folgt am 4. Oktober 2021 die Festveranstaltung im Düsseldorfer Kunstpalast unter Teilnahme hochkarätiger Prominenz aus Politik, Wissenschaft und Bildung. Den Abschluss stellt diese Chronik mit einer Aufarbeitung der 75-jährigen Geschichte der Landeszentrale dar.

Im Dienst der Demokratie

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW



Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung am 1. Oktober 2021 in Münster

Bereits vor der Gründung der Landeszentrale wurde am 23. und 24. Juli 1946 in Münster eine Tagung zu Grundfragen der Demokratie durchgeführt, die den Auftakt zur Gründung der „Staatsbürgerlichen Bildungsstätte“ bildete.

Der Slogan der Landeszentrale seit 2004 „demokratie leben“ und das NRW-Forum mit den Diskussions-schwerpunkten Populismus und Big Data bilden eine weitere Kontinuität, deren Tradition die Landeszentrale mit der Fachtagung in Münster aufgreifen will. Aktuelle Debatten im Feld der politischen Bildung sollen mit einem spezifischen Blick auf Nordrhein-Westfalen am historischen Ort in Münster diskutiert werden.

Die Fachtagung beginnt mit einer im Tagesverlauf noch vielfach thematisierten Keynote des Bundestagspräsidenten a. D., Prof. Dr. Norbert Lammert, welcher seine Gedanken zur Bedeutung von politischer Bildung dem interessierten Auditorium präsentiert. Hiernach teilt sich die Tagung in verschiedene thematische Sektionen auf.



Im Rahmen der Podiumsdiskussion „Mythos Neutralität – wie aktuell ist heute noch der Beutelsbacher Konsens?“ befassen sich die Teilnehmenden mit der Frage, wie neutral politische Bildung sein kann bzw. sein sollte. Bei den Podiumsteilnehmenden herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Neutralität nicht zur politischen Bildung passe, da diese wertebasiert sei. Darüber hinaus gelte es, im Vorfeld einer Diskussion um die Neutralitätsdebatte zu klären, auf welcher Ebene (schulische politische Bildung, außerschulische politische Bildung, Kinder- und Jugendarbeit etc.) und basierend auf welchem politischen Bildungsbegriff diskutiert werde.

Auf dem Panel „Politische Bildung und Theater gemeinsam! Aber wie?“ diskutieren Dr. Werner Friedrichs (Universität Bamberg) und Christof Seeger-Zurmühlen (Theaterkollektiv Pièrre.Vers) über mögliche Schnittmengen der beiden Bereiche. Dr. Werner Friedrichs stellt dabei ein theoretisches Verständnis von politischer Bildung vor, welches ästhetische Erfahrungen einschließt. Christof Seeger-Zurmühlen

zeigt mit Beispielen aus der Praxis, wie eine gelungene Zusammenarbeit aussehen kann.

Digitale Demokratiekompetenz – made in NRW

Als Ergebnis der Sektion Landesgeschichte und Identität wird festgehalten: Nordrhein-Westfalen ist ein Land großer politischer, kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Vielfalt. So gibt es eine pluralistische und pragmatische Deutungskultur in Nordrhein-Westfalen, welche die Vielfalt der Soziokulturen widerspiegelt und auch kleinräumige Lebenswelten toleriert. In vielen dieser Bereiche war und ist Nordrhein-Westfalen auch Trendsetter für die Bundesrepublik.

Unter dem Titelthema „Digitale Demokratiekompetenz“ liefert zunächst Dr. Harald Gapski, Grimme Institut, Input zur Bedeutung der digitalen Transformation für unsere Gesellschaft. Dabei betont er

Im Dienst der Demokratie

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW



die Mehrdimensionalität dieses Prozesses, aus dem sich neue Anforderungen an die Individuen und der Bedarf einer „digitalen Demokratiekompetenz“ ergeben. Zudem wirft Prof. Dr. Amelie Duckwitz, Technische Hochschule Köln, ein Schlaglicht auf die Rolle von Influencern, die sich zunehmend politischen Themen zuwenden. In der anschließenden Diskussion wird die Bedeutung dieser Entwicklungen für die politische Bildung thematisiert.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion wird über Herausforderungen und Ziele der historisch-politischen Bildung reflektiert und der Beitrag von Einrichtungen der historisch-politischen Bildung zur Landesgeschichte thematisiert. Es wird diskutiert, welche Unterschiede und Parallelitäten es gibt, wenn die historisch-politische Bildung unterschiedliche historische Geschehnisse und Zeitabschnitte in den Blick

nimmt, insbesondere die Verbrechen der NS-Zeit einerseits und Flucht und Vertreibung in der Folge des Zweiten Weltkriegs andererseits, und es wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung das Thema Kolonialismus für die hiesige Erinnerungskultur hat.

Im Rahmen des Workshops „Begriffe und Konzepte in der Bearbeitung von Rechtsextremismus und Rassismus“ erarbeiten die Teilnehmenden gemeinsam mit der Workshopleiterin Prof. Dr. Birgit Jagusch die Begriffe Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ziel ist es, die unterschiedlichen Theorien, die hinter den Begriffen liegen, kennenzulernen sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Definitionen herauszuarbeiten. Der Workshop stärkt die Entscheidungsfähigkeit der Teilnehmenden, wann sie welche Begriffe in ihrer praktischen Bildungsarbeit nutzen können.



Festveranstaltung am 4. Oktober 2021 im Robert-Schumann-Saal des Kunstpalaestes Düsseldorf

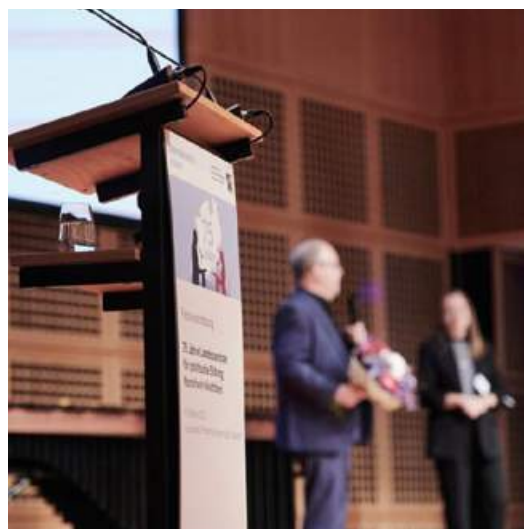
Als Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten findet am 4. Oktober 2021 eine Festveranstaltung im Robert-Schumann-Saal des Kunstpalastes Düsseldorf unter der Moderation des Leiters Guido Hitze statt.

Die beiden zentralen inhaltlichen Elemente der Festveranstaltung sind die Festrede der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen und ein kurzweiliges Interview mit drei früheren Leitern der Landeszentrale.

Pfeiffer-Poensgen spricht in Vertretung für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet, der aufgrund der Nachwirkungen der Bundestagswahl, die wenige Tage zuvor mit ihm als Kanzlerkandidaten der CDU/CSU stattgefunden hat, in Berlin anwesend sein muss. Ihre Festrede ist eine Hommage an die politische Bildung und deren Bedeutung für die Gesellschaft, sowohl historisch als auch aktuell.

Im Dienst der Demokratie

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW



Dem Interview mit der Vorgängerin und dem Vorgänger des jetzigen Leiters Guido Hitzte, Maria Springenberg-Eich und Hans-Walter Schulten ist eine Videobotschaft von Günter Wichert vorgeschaltet, die an seinem Wohnort in Berlin aufgezeichnet wurde. Interviewt werden die Beiden von engsten und vertrauten Mitarbeitern ihrer Zeit in der Landeszentrale, sodass dem Auditorium manche Anekdote, aber auch die tatsächlichen Schwerpunkte der Arbeit präsentiert werden können.

Abgerundet wird der Abend mit vielen persönlichen Gesprächen, die aufgrund der bis kurz zuvor vorherrschenden Beschränkungen durch die Corona-Pandemie nach langer Zeit wieder möglich sind.

Nachwort



Dr. Guido Hitze,
Leiter der Landeszentrale
für politische Bildung NRW.

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen – 75 Jahre Geschichte der politischen Bildung in diesem Land. Die vorliegende Chronik berichtet ebenso anschaulich wie packend über Höhepunkte und Durststrecken, Herausforderungen und Probleme, markante Gestalten und Ereignisse in diesen 75 Jahren.

Bei allen festgestellten Brüchen, Widersprüchen und Wechselfällen erscheint im historischen Rückblick der Umstand faszinierend, dass es von Anfang an den Verantwortlichen darum gegangen ist, die Menschen für die Staats- und Lebensform „Demokratie“ zu gewinnen. Dieses Ziel zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Landeszentrale, und diese Chronik legt Zeugnis von dem steten Bemühen ab, eben diesem Ziel erfolgreich gerecht zu werden – über alle Wahlperioden, Regierungswechsel und gesellschaftlichen wie auch technischen Veränderungen hinweg. Doch dies ist nicht die einzige bemerkenswerte historische Konstante: Die breite thematische Aufstellung der Landeszentrale, die Einbeziehung und Förderung möglichst vieler kompetenter Partner in die aktive Bildungstätigkeit als Ausdruck funktionierender Subsidiarität, das Ringen um den optimalen Standort dieser Einrichtung im Spannungsfeld zwischen notwendiger politischer Unabhängigkeit und ebenso notwendiger administrativer Einbindung, der hohe Stellenwert der Landeskunde als spezifischer Auftrag einer Landeszentrale oder die große Bedeutung altbewährter wie ganz neuer,

moderner Medien für die Vermittlung der thematisierten Inhalte sind weitere Beispiele.

Menschen für die Demokratie gewinnen und begeistern

So behält das, was Nordrhein-Westfalens erster Ministerpräsident Rudolf Amelunxen im Gründungsauftrag zur Staatsbürgerlichen Bildungsstelle, der Vorläuferin unserer heutigen Landeszentrale für politische Bildung, im Oktober 1946 festgestellt hat, bis heute uneingeschränkt seine Gültigkeit: „Wir wollen unsere Mitbürger für die Demokratie gewinnen, von der Notwendigkeit der Demokratie überzeugen und für die Demokratie begeistern“. Denn das Erzeugen von Begeisterung für die Demokratie, um eine echte Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen und so auch dessen Stabilität und Legitimität insgesamt zu fördern, ist unverändert wesentlicher Bestandteil politischer Bildungsarbeit in unserem Land. Dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern tagtäglich durch Worte und

Im Dienst der Demokratie

75 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW

Taten mit Leben gefüllt werden muss, dass ein demokratisches Gemeinwesen nicht nur in Verfassungen und Gesetzestexten beschrieben, sondern in den Köpfen und – ja auch – den Herzen der Bürgerinnen und Bürger verankert sein muss, ist eine Tatsache, die heute genauso aktuell ist wie damals im Jahr 1946.

Kein leichtes Unterfangen in schwierigen Zeiten

Die Herausforderungen in der Geburtsstunde des neuen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen 1946 waren selbstverständlich andere als in unseren Tagen: „selling democracy“ und „re-education“ sind hier die Stichworte. Das Ziel bestand darin, die Bevölkerung nach der Katastrophe des Dritten Reichs, nach dem totalen politischen, materiellen und vor allem moralischen Bankrott der NS-Diktatur und einer neuerlichen Weltkriegsniederlage zum zweiten Mal in eine demokratische Staatsform zu begleiten und den Bürgerinnen und Bürgern, anders als beim ersten Versuch, eben diese demokratische Staatsform und ihre Grundhaltung tatsächlich näherzubringen, das heißt auf Dauer in der Gesellschaft zu verankern. Es ging dabei zunächst vor allem um die, wie man heute sagen würde, „Basics“, also um die Vermittlung von Faktenwissen und Institutionenkunde, für die vor allem auf Broschüren, Schriften oder auch Rundfunksendungen zurückgegriffen wurde.

Das war wahrhaftig kein leichtes Unterfangen in einer Zeit, die vermeintlich von ganz anderen existenziellen Nöten und Sorgen geprägt war als solchen um die Demokratie, weshalb die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle zu Beginn durchaus nicht nur mit Wohlwollen verfolgt wurde. Dies sollte sich in den folgenden Jahren jedoch ändern. Im Zuge der Konsolidierung der jungen Demokratie fasste auch die politische Bildungsarbeit Fuß in Nordrhein-Westfalen.

Deutlich wird dies über die Jahre an verschiedenen Punkten:

Thematisch nahm die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle – und ab 1967 dann unter dem heute bekannten Namen Landeszentrale für politische Bildung – Abschied von einer mehr oder weniger reinen Institutionenkunde und erschloss sich fortlaufend neue Themenfelder, wie etwa die internationale und europäische Politik, den politischen Extremismus, den Umweltschutz, die Erinnerungskultur oder die Landeskunde.

Auch die Tätigkeitsfelder wurden ausgeweitet: Neben dem Publikationsbereich traten beispielsweise die Fortbildungsarbeit, die Veranstaltung von Tagungen oder Ausstellungen sowie die Förderung politischer Weiterbildungseinrichtungen und Gedenkstätten, die, in Zusammenarbeit mit dem Parlament, auch finanziell über die Jahre erheblich ausgeweitet werden konnte.

Vorne mit dabei war die Landeszentrale zudem beim Einsatz neuer Medien im Bildungsbereich. An der Entwicklung der Medienkataloge lässt sich auch die allgemeine technische Entwicklung ablesen, vom Filmarchiv über VHS-Kassetten, Disketten, CD-ROMs bis hin zur ersten Webseite im Jahr 1997, die den Anfang des Online-Zeitalters einläutete.

Und schließlich trug die Arbeit der Landeszentrale auch den allgemeinen Entwicklungen der politischen Bildungsarbeit Rechnung. Über die Jahre rückte mehr und mehr die Stärkung der Urteilskraft der einzelnen Bürgerinnen und Bürger in deren Zentrum. Politische Bildungsarbeit sollte und soll dabei helfen, Machtstrukturen kritisch zu analysieren und eigene Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu vergegenwärtigen, ohne freilich dabei selbst Meinungen vorzugeben. Politische Bildung hilft bei der persönlichen Urteilsfindung, ist aber kein politischer Akteur.

Sie richtet sich prinzipiell an die gesamte Bevölkerung, ohne die Belange von besonders demokratiefernen oder gar demokratiskeptischen Gruppen aus den Augen zu verlieren. Sie hat dabei das sogenannte Überwältigungsverbot ebenso zu beachten wie das Kontroversitätsgebot – beides wesentliche Bestandteile des „Beutelsbacher Konsenses“ von 1976, der auch heute noch eine wichtige Richtschnur der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale und ihrer Partner bildet.

Frische Ideen, eine starke Präsenz und der Gang zu den Menschen

Auch wenn wir in die jüngste Vergangenheit der Landeszentrale für politische Bildung blicken, so sehen wir vor allem eins: Frische Ideen, eine starke Online-Präsenz und ganz besonders den Gang nach draußen, den Gang in die Quartiere, den Gang zu den Menschen – im Sinne einer aufsuchenden, anerkennenden, die Würde des Einzelnen schützenden und den Werten des Grundgesetzes verpflichteten politischen Bildung.

Bei allem, was in der Vergangenheit erreicht und bewirkt werden konnte, bleibt es unser Auftrag, auch weiterhin jeden Tag aufs Neue dafür Sorge zu tragen, dass Demokratie als Staatsform und auch als Lebensform verstanden wird, dass „Demokratie lernen“ und „demokratie leben“ eine Einheit bilden. Ich bin fest davon überzeugt, dass es sich gerade bei den letztgenannten Punkten um eine Weichenstellung für die Zukunft handelt und die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit ihren Partnereinrichtungen diesen Weg erfolgreich weitergehen wird.

Düsseldorf im Oktober 2021
Dr. Guido Hitze, Leiter der Landeszentrale
für politische Bildung NRW.

Abbildungsverzeichnis

(mit Angabe der Seitenzahl in diesem Buch)

- **DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum e.V.: 23**
- **Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen: 19, 20, 22, 25, 26, 32, 38, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 52, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 72, 77**
- **Landesarchiv NRW – Abteilung – Rheinland – Urheber: Landespresse- und Informationsamt NRW: 6, 11, 13, 15, 20**
- **Landesarchiv NRW – Abteilung – Rheinland – RWB_01398_0001 – Fotograf: Carl August Stachelscheid: 6**
- **Landtag Nordrhein-Westfalen: 41, 61, 63**
- **Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach: 75**
- **Nathan Ishaar: 73, 74, 76**
- **W. Nachtwei, Privatfoto: 16**

Bei einigen der fotografischen Abbildungen von Materialien aus dem Archivbestand der LZpB NRW konnten nicht alle Urheber- und Verwertungsrechte zweifelsfrei geklärt werden; die zugehörigen Unterlagen und Verträge liegen nicht mehr vor. Die jetzige Veröffentlichung dieser Bilder haben reinen Dokumentations-Charakter. In der Regel sind solche Materialien seinerzeit für die Landeszentrale zu Bildungszwecken erstellt worden, inklusive kompletter Übertragung aller Nutzungs- und Verwertungsrechte. Sollte das im Einzelfall nicht zutreffen, bitten wir um Kontaktaufnahme an: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf.

Bei der Reproduktion der in dieser Publikation enthaltenen Bilder und Abbildungen holte der Herausgeber die Erlaubnis der Rechteinhaber ein, wann immer dies notwendig und möglich war, und es wurden angemessene Anstrengungen unternommen, um die Urheberrechtsinhaber, Fotografen und Quellen anzugeben.

Impressum

Herausgeber
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklingerstraße 4
40213 Düsseldorf
www.politische-bildung.nrw.de
05©2022

Gesamterstellung
Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach
Michael Weigand (Projektleitung)
Marian Kulig (Text)
Niklas Nussbaum (Archivrecherche)

Gestaltung
Werbeagentur von morgen GmbH
Aduchtstr. 7
50668 Köln

Druck
msk marketingservice köln GmbH
Bischofsweg 48-50
50969 Köln

ISBN: 978-3-00-070328-7

www.politische-bildung.nrw.de/chronik

Diese Auflage steht als Download zur Verfügung:
www.politische-bildung.nrw.de/chronik

**Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen**

im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat für Grundsatzangelegenheiten und
Förderung der politischen Bildung

Völklinger Str. 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 896 - 4844
Telefax 0211 896 - 4262

info@politische-bildung.nrw.de
www.lpb.nrw

Instagram/Facebook/YouTube: @lpbnrw

